

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Telefon: 27 011; Dönhofs 292 bis 297
Telegraphenadresse: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigerpreise
siehe am Schluß des nächsten Heftes

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Krach in der Hitler-Partei

Die schwarzbraunen Verhandlungen um Preußen stocken
Göring als Ministerpräsident vorgeschlagen — Straßer in Krankheitsurlaub geschickt

Die Reichspressestelle der NSDAP. teilt gestern Abend ganz überraschend ein ganz feierlich gehaltenes Bulletin mit:

„Parteigenosse Gregor Straßer teilt mit Genehmigung des Führers einen Krankheitsurlaub von drei Wochen an. Wie weiterhin daron geknüpften Gerüchte und Kombinationen sind unzutreffend und entbehren jeglicher Grundlage.“

Was war plötzlich geschehen? Herr Straßer ist am Mittwoch nach in bester bayerischer Gesundheit im Reichstag gewesen. Welche von Hitler „genehmigte“ Krankheit hat ihn plötzlich überfallen, was sind das für Gerüchte, die so eifrig und eifrig dementiert werden, obwohl sie noch nicht einmal ihren Weg in die Presse gefunden haben?

Dieser diplomatische Krankheitsurlaub bedeutet einen Schlag gegen den koalitionsbereiten Flügel in der NSDAP um Straßer und Fried. Seit den Tagen des Kaiserhofbriefwechsels wird zwischen dieser Richtung und der von Goebbels und Göring geführten Richtung gerungen. Straßer und Fried wollen offen Frieden mit Schleicher machen, Goebbels und Göring vertreten die Ansicht, daß die NSDAP nur eine Reichsregierung unterstützen dürfe, in der Hitler Reichstanzler sei. Goebbels hält Hitler im „Angriff“ täglich auf seinem punktierten letzten Vorschlag an Hindenburg fest.

Die Preußenfrage

Daß Straßer, der ursprüngliche Vertreter des Radikalismus in der NSDAP, zum koalitionsbereiten Flügel gehört, hat seinen guten Grund.

Er weiß als Organisationsleiter nur zu gut, wie schlecht es um die organisatorischen Verhältnisse der NSDAP bestellt ist.

Der Kampf der Richtungen hat auch in den Verhandlungen um die Neuwahl eines Ministerpräsidenten in Preußen eine Rolle gespielt, die zwischen Zentrum und Nationalsozialisten geführt werden. Diese Verhandlungen scheinen ziemlich weit fortgeschritten zu sein.

Am Donnerstag hatte der Reichstanzler mit dem Führer der preussischen Zentrumsfraktion Dr. Lauscher eine längere Besprechung, die insbesondere der Frage galt, unter welchen Voraussetzungen die Reichsregierung bereit ist, das Preußen-Kommissariat aufzugeben. Das Bestreben der Reichsregierung geht dahin, die Nationalsozialisten über Preußen zu ihrer Isolierung zu zwingen. Sie will das Preußen-Kommissariat nur aufheben, wenn der neu zu wählende preussische Ministerpräsident zugleich dem Reichskabinett als Vizekanzler angehört und so der Reichspolizei von Preußen her keine Schwierigkeiten gemacht werden. Die bei den Nationalsozialisten von Gregor Straßer geführte Richtung ist bereit, den von der Schleicher-Regierung erstrebten Weg mitzugehen. Das Zentrum hat deshalb in den letzten Tagen versucht, Straßer für das Amt eines Ministerpräsidenten zu gewinnen.

Am Donnerstagabend schlugen nun die Nationalsozialisten offiziell Göring als Kandidaten für die preussische Ministerpräsidentenschaft vor. Damit war in der NSDAP der Straßer-Flügel auch in der Preußenfrage in den Hintergrund gedrängt worden.

Gleichzeitig wurde der von Hitler genehmigte „Krankheitsurlaub“ bekanntgegeben. Das heißt, daß Straßer als unbehindert in den Urlaub abgehoben wird, daß er an dem weiteren Verhandlung um Preußen nicht mehr beteiligt sein wird. Diese Abhiebung bedeutet eine schwere Desanousierung von Straßer, der bisher der Kandidat der NSDAP für die preussische Ministerpräsidentenschaft war.

Nach dem Vorschlag Göring soll nun der schwarzbraune Ruhbandel um Preußen wieder ins Stocken geraten sein.

Offener Führerkrach

Straßer ist am Donnerstagabend von Berlin abgereist. Die Gerüchte, die so eifrig und beifällig dementiert worden sind, besagten,

daß Straßer in einem Schreiben an den Parteiführer seine Parteikämter und sein Reichstagsmandat zur Verfügung gestellt habe, ohne jedoch aus der Partei ausgeschlossen zu sein. Straßer habe diesen Schritt mit der von ihm nicht für richtig gehaltenen politischen Führung der NSDAP begründet. Es hieß weiter, daß sich Straßer ins Privatleben zurückziehen wolle.

Nach weitergehende Gerüchte betagten, daß Straßer bereits seinen Austritt aus der NSDAP erklärt habe. Auf jeden Fall ist damit der Führerkampf in der NSDAP öffentlich geworden. Alle triumphalen Versuche, die Einheit der NSDAP-Führer öffentlich zu beteuern, sind damit Lügen gestraft. Die Partei Hitlers ist in einer tiefen inneren Krise.

Für den Sozialismus

Die sozialdemokratischen Anträge im Reichstag

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im neuen Reichstag eine große Anzahl von Anträgen und Beschlüssen eingebracht, die alle ein gemeinsames Ziel haben: Gegen die Reaktion und für die Freiheit, gegen die Wirtschaftskrise und für Arbeitsbeschaffung, gegen das kapitalistische System und für Sozialismus.

Für Recht und Freiheit

„Der Kampf geht in unverminderter Schärfe weiter“, wie gegen Papen, so gegen Schleicher — so hieß es im letzten Aufruf des Parteivorstandes. Deshalb stehen an der Spitze der sozialdemokratischen Anträge das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Schleicher und die Forderung auf Aufhebung der Notverordnung der Regierung Papen.

Die erste Sorge gilt den Opfern der Schreckensjustiz, die in den letzten Monaten Hunderte von begeisterten Kämpfern der Eisernen Front in die Gefängnisse und die Zuchthäuser geworfen hat. Deshalb hat die Sozialdemokratie einen Amnestiegesetzentwurf eingebracht, der die sofortige Freilassung dieser Opfer fordert. Die Kämpfer für die Republik und die Arbeiterrechte sollen frei werden, nicht aber die politischen Mörder und Sprengstoffattentäter. Gleichzeitig soll durch Aufhebung der Sondergerichte und der Terrornotverordnung die Wiederherstellung normaler Justizverhältnisse angebahnt werden.

Für Brot und Arbeit

Hilfe für die Opfer der Krise ist die erste wirtschaftspolitische Forderung, die die Sozialdemokratie zu erheben hat. Deshalb verlangt sie, wie schon im vorigen Reichstag, die vollständige Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni und damit die Rückgängigmachung ihres brutalen Abbaues bei der Arbeitslosenunterstützung und der Wohlfahrtspflege, bei den Renten der Sozialversicherung und bei der Verpflegung der Kriegsbeschädigten und Kriegeshinterbliebenen. Deshalb verlangt sie darüber hinaus Durchführung einer umfassenden Winterhilfeaktion, die der notleidenden Bevölkerung kostenlose Versorgung mit Brot und Kohle und billiges Fleisch verschaffen soll. Deshalb verlangt sie schließlich, daß das Reich endlich den Gemeinden finanziell zu Hilfe kommt, die am Rande des Zusammenbruchs stehen und ohne Reichsschutz nicht einmal ihre immer weiter abgebauten Unterstüßungen mehr auszahlen können.

Hilfe für die Opfer der Krise ist aber auch der Gedanke der sozialdemokratischen Forderungen nach Mietbeihilfen, nach Pachtentlastung und Pachtschutz und nach Entlastung notleidender Schuldner. Die hilfsbedürftigen Mieter, die ihre Miete nicht mehr zahlen können, sollen durch ausreichende Mietbeihilfen unterstützt und durch einen Vollstreckungsschutz vor der Ermittlung bewahrt werden. Für notleidende Mieter von Neubauwohnungen sind besondere Hilfsmassnahmen vorgesehen. Der Entwurf eines Pachtschutzgesetzes soll nicht nur den landwirtschaftlichen, sondern auch den kleingewerblichen Pächtern Schutz vor ungerechtfertigten Pachtforderungen bieten und Möglichkeiten der Pachtentlastung eröffnen. Der Beschlusseckwurf über Entlastung notleidender Schuldner zeigt die Wege auf, auf denen Schuldner, die ohne Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Existenz ihren Schuldverpflichtungen nicht mehr voll

Kleinststaaten fordern Recht

Japan besteht auf seinem Raub

Genf, 8. Dezember.

Die heutige Sitzung der Völkerbundversammlung brachte eine dramatische Zuspitzung des Konflikts, indem der japanische Delegierte Matsuo sehr entschieden gegen die Entschliebung der spanischen, irischen, schwedischen und tschechoslowakischen Delegation protestierte.

Diese Entschliebung lautet in ihren wesentlichen Teilen:

Die Versammlung stellt fest, daß die vom Völkerbundrat ernannte Untersuchungskommission in ihrem einstimmigen Bericht erklärt, daß bei den Streitfragen zwischen den beiden Parteien die Mittel friedlicher Streitregelung am 18. September 1931 nicht erschöpft waren, daß die Beziehungen zwischen China und Japan die eines verschleierten Kriegszustandes sind und daß die von den japanischen Truppen seit dem 18. September 1931 unternommenen militärischen Operationen, die diese Zustände herbeigeführt haben, nicht als Notwehrmaßnahmen betrachtet werden können. Sie stellt ferner fest, daß die Untersuchungskommission in ihrem einstimmigen Bericht erklärt hat, daß

ohne Kriegserklärung ein erheblicher Teil unbestreitbar chinesischen Gebiets gewaltsam von japanischen Truppen mit Befehl belegt und besetzt

worden ist, daß dieses Gebiet infolge dieser Maßnahmen von dem übrigen China getrennt und für unabhängig erklärt worden ist. Sie stellt außerdem fest, daß nach Erklärung der Untersuchungskommission das gegenwärtige Regierungssystem in

der Mandchurei nicht als das Ergebnis einer spontanen und unbeeinflussten Unabhängigkeitsbewegung betrachtet werden kann. Sie stellt außerdem fest, daß das in der Mandchurei errichtete Regierungssystem sich nur dank der Anwesenheit japanischer Truppen durchsetzen konnte.

Die Anerkennung des gegenwärtigen Regierungssystems in der Mandchurei ist daher mit den bestehenden internationalen Verpflichtungen nicht vereinbar.

Der japanische Delegierte Matsuo, der außerhalb der Rednerliste das Wort erhielt, protestierte schärfstens gegen diese Entschliebung und drohte ziemlich unverblümt mit dem Austritt Japans aus dem Völkerbund.

Rußland als japanisches Druckmittel

Genf, 8. Dezember.

Während China sich zu Verhandlungen bereit erklärte, stellte Japans Vertreter in schärfster Form Japans Politik als seine Lebensnotwendigkeit dar. Hätte Japan gewußt, daß Amerika dem Völkerbund nicht beitreten werde, wäre es ebenfalls draußen geblieben. Japan leitet die Hände durch den Völkerbundspakt gebunden. Trotzdem sehe die Mehrheit des japanischen Volkes lokal zum Völkerbund, wenn auch immer wieder Stimmen für den Austritt laut würden.

Die Beziehungen zu Sowjetrußland hätten sich deshalb so gebildet, weil es Verständnis für Japans Vorgehen in der Mandchurei gehabt und es unterstützt habe. Japan werde deshalb

in kurzer Zeit einen Nichtangriffspakt mit Sowjetrußland abschließen können.

Ob Krieg oder Frieden zwischen Japan und U.S.A. oder Rußland kommen werde, das habe der Völkerbund jetzt in der Hand und er trage die Verantwortung dafür. Ohne die nötige Biegbarkeit in der Auslegung des Vorgesetzten könne Japan nicht im Völkerbund bleiben. Die Wiederherstellung des früheren Zustandes in der Mandchurei sei unmöglich. Andere Völker hätten hier erklärt, ihre Lebenslinie sei der Völkerbund, Japans Lebenslinie sei die Mandchurei. Ein starkes Japan stabilisiere die Lage im fernen Osten, jede Ermütigung Chinas schwäche Japan. Set aber Japan schwach, dann werde Rußland China bald annektriert haben. Hesse die Weltmeinung jetzt nicht den Japanern, dann müßten sie sich freie Hand behalten und auf besseres Verständnis hoffen.

Eine solche Herausforderung stellt den Völkerbund verharft vor die Frage von Sein oder Nichtsein. Das Büro der Völkerbundversammlung will am Freitagvormittag einen Vorschlag für weitere Verhandlungen im Reunehnerkomitee finden.

Auslieferung statt Asylrecht

Nach Reutersmeldungen aus der Mandchurei sollen die Sowjetbehörden den nach Sibirien geländeten chinesischen General Supengwan und die ihn begleitenden Soldaten den Japanern ausgeliefert haben. Der General soll sogar schon zum Tode verurteilt worden sein.

Nach einer Moskauer II.-Mitteilung hat jedoch die Sowjetunion dem internierten General Supengwan gestattet, nach Europa zu reisen. Der General äußerte den Wunsch, nach Moskau zu reisen und von dort Deutschland und andere europäische Länder zu besuchen, darunter auch England. 3000 seiner Soldaten erheben das Recht, sich in der Sowjetunion anzujubeln.

nachkommen können, Hilfe und Entlastung zuteil werden kann.

Für planmäßige öffentliche Arbeitsbeschaffung, gegen nutzlose Vergeudung öffentlicher Mittel zugunsten der Privatunternehmer — das ist der Grundgedanke des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes über planmäßige Arbeitsbeschaffung. Für Wohnungs- und Straßenbau, für dringende Gemeindeforderungen, für die kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen und für die Schulung jugendlicher Erwerbsloser wird hier ein umfassendes Programm öffentlicher Arbeitsbeschaffung entworfen, für das eine Milliarde Mark aus Anleihemitteln, notfalls durch eine Zwangsanleihe bereitgestellt werden soll. Ihre notwendige Ergänzung soll diese Arbeitsbeschaffungsaktion durch eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden finden.

Nicht Arbeitsbeschaffung allein, sondern erst die völlige Umstellung der gesamten Wirtschaft, Sozial- und Steuerpolitik kann die Ueberwindung der Krise herbeiführen. Deshalb stellt die Sozialdemokratie dem Papen-Programm zur Behebung der Wirtschaft, dessen völliges Verfolgen jedoch erst die Gewerkschaften mit aller Klarheit nachgewiesen haben, ihr eigenes Programm zur Behebung der Wirtschaft entgegen. Nicht Zerstörung, sondern Stärkung der Massentaufkraft, nicht Erdrosselung, sondern Förderung der Ausfuhr sind die leitenden Gesichtspunkte dieses Programms.

Wenn die Sozialdemokratie die Aufhebung der Lohnabbauperordnungen vom September, die Erhöhung der Unterstufungen und Renten, die Durchführung einer großzügigen Winterhilfe verlangt, so tut sie das nicht nur aus sozialpolitischen Erwägungen, nicht nur, um den Opfern des Lohn- und Unterstufungsabbaues Hilfe zu bringen, sondern zugleich, um durch Stärkung der Massentaufkraft die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise zu schaffen. Wenn die Sozialdemokratie gleichzeitig die Erhöhung der Beschäftigung durch Notabgaben von den hohen Einkommen und Vermögen, durch Zugustersteuer und durch Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen verlangt, dafür aber Abbau der Massenbeschäftigung durch Aufhebung der Arbeitslosenabgabe, der Salzsteuer und Widerrung der Bürgersteuer fordert, so tut sie das ebenfalls nicht nur, um die steuerliche Gerechtigkeit wiederherzustellen und Deckung für die Erhöhung der Unterstufungen und die staatlichen Hilfsmaßnahmen zu schaffen, sondern zugleich, um auch auf diesem Wege die Massentaufkraft zu stärken und die Behebung der Wirtschaft zu erleichtern.

Für Umbau der Wirtschaft

Ueber Arbeitsbeschaffung und Arbeitszeitverkürzung, über Stärkung der Massentaufkraft und Förderung der Ausfuhr hinaus muß das Uebel der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit an der Wurzel bekämpft werden. Das kann nur geschehen durch Ueberwindung des kapitalistischen Systems! Deshalb hat die Sozialdemokratie ihre Gesetzentwürfe zum Umbau der Wirtschaft, die schon dem vorigen Reichstag vorlagen, aufs neue in der gleichen Fassung eingebracht. Verstaatlichung der Großbanken, der Versicherungen und der Schlüsselindustrien ist ihre erste entscheidende Forderung, Schaffung eines Bankenamts und eines Kartell- und Monopolamts und schließlich — als Krönung des Ganzen — Schaffung einer Planstelle ist die zweite Forderung. Enteignung des Großgrundbesitzes, Einführung von Staatsmonopolen und Vereinheitlichung der Elektrizitätswirtschaft sind weitere grundsätzliche Forderungen für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsordnung.

Alle diese Gesetzentwürfe und Anträge, so hoch auch ihre Ziele gesteckt sind und soweit ihr Rahmen gespannt ist, heben sich durch ihre klare und nüchterne Sachlichkeit eindeutig ab gegen die plumpe und verlogene Demagogie der nationalsozialistischen und kommunistischen Antragschusterei. Sie sind alle Teile eines wohlüberlegten Systems zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit, zum Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft, die kein Krisenleiden und keine Ausbeutung mehr kennt!

Aus der Breslauer Nazifestung wurde Donnerstagmorgen ein schwerverletzter SA-Mann auf die Straße geworfen. Die Polizei transportierte den Bewußtlosen in das Krankenhaus. Die Untersuchung dieser Femeangelegenheit ist noch nicht abgeschlossen.

Kampf um die politische Amnestie

Vereinbarungen über Einzelbestimmungen — Kommunisten verhandeln und schimpfen!

Am Donnerstag beschäftigte sich der Rechtsausschuß des Reichstags mit den von der Sozialdemokratie, den Kommunisten und den Nationalsozialisten eingebrachten Amnestiegesetzentwürfen. Die Reichsregierung war durch den Justizminister Dr. Gürtner vertreten, der im Verlauf der Debatte betonte, daß er im Ausschuß keine in der Amnestiefrage festliegende Meinung des Kabinetts zu vertreten habe. Er wolle nur die erforderliche technische Hilfe bei der Beratung leisten. Immerhin hat der Justizminister versucht, aus den Gesetzentwürfen der Parteien einen Kompromißvorschlag auszuarbeiten, den er dem Ausschuß unterbreitete.

Die Auffassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vertrat Abgeordneter Marum. Er führte aus, daß trotz der grundsätzlichen Bedenken, die immer gegen eine Amnestie sprechen, der heutige Zeitpunkt für eine Amnestie besonders deshalb geeignet sei, weil die Urteile der letzten Zeit außerordentlich furchtbar gewesen seien. Eine große Zahl von Angeklagten sei, besonders durch die Sondergerichte, geradezu rechtlos gemacht worden. Auch wer zugebe, daß die Idee der Rechtsautorität durch eine Amnestie geschädigt werde, müsse feststellen, daß das noch viel mehr durch die Rechtsprechung der letzten Zeit geschehen sei. Tötungsverbrechen, Sprengstoffverbrechen und Disziplinarverfahren müßten jedoch von der Amnestie ausgenommen werden. Ein Amnestieauschuß solle in unritirten Fällen die Entscheidung der Gerichte nachprüfen und im Wege einer Begnadigungsempfehlung an den Reichspräsidenten korrigieren. Frühere Erfahrungen hätten ergeben, daß die Gerichte bei der Prüfung auf die Anwendung der Amnestie, milde gesagt, vorlangenenommen gehandelt und die Fälle je nach der parteipolitischen Zugehörigkeit der zu Amnestierenden unterschiedlich behandelt hätten. Der Kommunist Koska verteidigte den Entwurf seiner Fraktion. Die Redner der Bayerischen Volkspartei, der deutschnationalen und der Technischen Fraktion sprachen sich gegen eine Amnestie aus, während der Zentrumsabgeordnete Wegmann zwar eine Amnestie im gegenwärtigen Zeitpunkt für berechtigt erklärte, aber nicht nur Hochverrat, Landesverrat und die Todesdelikte ausgenommen, sondern auch eine Differenzierung nach der Höhe des ausgesprochenen oder zu erwartenden Strafmaßes gemacht wissen will.

Der Vorschlag

des Reichsjustizministeriums

Der Reichsjustizminister legte den eingangs erwähnten Kompromißentwurf vor, der sehr weit hinter dem sozialdemokratischen Entwurf zurückbleibt. Der Entwurf sieht folgende Einzelbestimmungen vor:

Es werden amnestiert Straftaten aus politischen Beweggründen und Straftaten, die im Zusammenhang mit Wirtschaftskämpfen begangen worden sind. Strafen unter einem Jahr werden erlassen, längere Strafen auf die Hälfte herabgesetzt, mindestens jedoch um ein Jahr ermäßigt. Dabei tritt an die Stelle von Zuchthaus Gefängnis. Lebenslängliche Strafen werden in 7½ Jahre Gefängnis umgewandelt. Ausgeschlossen sollen sein Verbrechen gegen das Leben,

Verbrechen gegen den § 1 der Antiterror-Rotterordnung vom 9. August d. J., Körperverletzungen oder gemeingefährliche Verbrechen mit Todeserfolg, Hochverrat, Landesverrat und Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz.

Zwischenberatung

Der Ausschuß vertagte sich schließlich für einige Stunden, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Amnestievorschlag Gürtners zu geben. Um 1/2 11 Uhr abends nahm er seine Beratungen wieder auf. Während der Beratungspause hatten sowohl interfraktionelle Besprechungen, an denen außer den Nationalsozialisten und den bürgerlichen Parteien auch die Sozialdemokraten beteiligt waren, beim Reichsjustizminister Dr. Gürtner stattgefunden, ebenso auch Besprechungen zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Das Ergebnis der interfraktionellen Besprechungen war eine sehr wichtige Veränderung des Kompromißentwurfes, den der Reichsjustizminister den Parteien im Ausschuß vor der Beratungspause vorgelegt hatte. Die wichtigsten Bestimmungen der

jetzigen Gestalt des Amnestiegesetzentwurfes sehen so aus:

Kommunistische Doppelzüngigkeit

Es war eigentlich nach dem Verlauf der interfraktionellen Besprechung und erst recht nach dem Verlauf der Besprechung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, an der von kommunistischer Seite der Strafrechtler Professor Felix Halle teilnahm, anzunehmen, daß der Abstimmung im Ausschuß keinerlei Schwierigkeiten mehr im Wege ständen. In diesem Moment aber hielt es ein kommunistischer Abgeordneter, der Sekretär der Roten Hilfe, Koska, für angebracht, dieselben Sozialdemokraten, denen es eben gelungen war, durch Hereinnahme des Hochverrats in die Amnestie für die Befreiung der kommunistischen Gefangenen zu sorgen, in einer mit parlamentarischen Ausdrücken nicht zu kennzeichnenden Weise anzugreifen. Er erklärte, die SPD werde vor der Arbeiteröffentlichkeit sagen, daß es die Schuld der Sozialdemokraten sei, eine weitergehende Amnestie verhindert zu haben.

Diese ungläubliche Äußerung des Kommunisten rief begrifflichsehrwelle die

helle Empörung der sozialdemokratischen Abgeordneten

hervor, und Genosse Marum antwortete dem Redner der SPD, daß sich unsere Partei eine derartige Doppelzüngigkeit nicht gefallen lassen werde. Es sei unglücklich, der Sozialdemokratie gegen alle Wahrheit zu unterstellen, sie habe eine weitergehende Amnestie verhindert während das genaue Gegenteil zutrifft: Die Sozialdemokratie hat sich überhaupt nur deshalb an der interfraktionellen Besprechung beim Reichsjustizminister beteiligt, um den Kompromißentwurf im Interesse der Arbeiterschaft fortschrittlicher zu gestalten. Ausschließlich der Sozialdemokratie ist es zu danken, daß in dem jetzt vorliegenden Entwurf der Hochverrat in die Amnestie einbezogen ist, und das ist, so fügte Genosse Marum

Die Straffreiheit erstreckt sich auf Straftaten, die aus politischen Beweggründen oder aus Anlaß wirtschaftspolitischer Kämpfe begangen worden sind. Völlig erlassen werden alle Geldstrafen und Freiheitsstrafen bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafen von längerer Dauer sollen um fünf Jahre gekürzt, die Reststrafe dann auf die Hälfte herabgesetzt und die bereits verbüßte Strafe auf die gleiche Rest anzurechnen werden. Dabei tritt generell an die Stelle von Zuchthaus Gefängnis.

Als Stichtag für die Amnestie ist der 1. Dezember 1932 festgesetzt.

Ausgeschlossen von der Amnestie

werden folgende Straftaten: 1. Verbrechen gegen das Leben (§§ 211, 212, 214 des StGB), 2. Verbrechen gegen § 1 der Terrornotverordnung vom 9. August d. J., wenn dabei ein Mensch getötet oder verletzt worden ist, 3. gemeingefährliche Verbrechen mit Todesfolge, 4. Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse dann, wenn die Tat aus Eigennutz begangen ist (demnach fällt also der literarische Landesverrat mit unter die Amnestie), und 5. schließlich Verbrechen gegen das Gesetz gegen den verbrecherischen und gemeingefährlichen Gebrauch von Sprengstoffen.

mit Nachdruck hinzu, aus der eben abgehaltenen Besprechung zwischen den Sozialdemokraten Hägner und Marum, Halle und Koska von der SPD, genau bekannt.

Die Abgeordneten Kadel und Torgler von der SPD versuchten den üblichen Eindruck dieser Szene zu vermissen, aber sie konnten sich auch nicht entschließen, der Wahrheit die Ehre zu geben und diesen unmöglichen und ungerechtfertigten Angriff zurückzuvveihen.

Eine neue Schwierigkeit

riefen einige Bemerkungen des Reichsjustizministers hervor. Er meinte, die Hereinnahme des Hochverrats in die Amnestie werde für den Reichsrat Anlaß sein, Einspruch gegen die Beratung der Amnestie zu erheben.

Darauf erwiderte Genosse Marum, das solle der Reichsrat nur wagen. Er glaube aber nicht daran, denn da schon bei der ersten Abstimmung der Amnestie im Reichstage die Zweidrittelmehrheit vorhanden sein werde, würde der Einspruch des Reichsrats keine andere Wirkung haben, als die Gefangenen vier Wochen länger hinter den Mauern der Kerker zu halten. Da der Reichsrat faktisch durch seinen Einspruch nichts ändern, sondern nur die Wiederholung des gleichen Beschlusses mit der gleichen Mehrheit des Reichstags einige Wochen später erreichen werde, so glaube er nicht, daß der Reichsrat ein so nutzloses Beginnen vorantreiben werde.

Trotz des dringenden Verlangens der Sozialdemokraten, die Abstimmung noch in der Nacht für die Wiederholung des gleichen Beschlusses mit der gleichen Mehrheit des Reichstags einige Wochen später erreichen werde, so glaube er nicht, daß der Reichsrat ein so nutzloses Beginnen vorantreiben werde.

Die Arbeitslosigkeit im Reich

Verlangsamtes Anwachsen in der zweiten Novemberhälfte

Die amtlichen Arbeitslosenziffern der Reichsanstalt für Ende November schälen zwei Tatsachen klar heraus: Die konjunkturelle Schrumpfung in der Wirtschaft ist beendet, denn der stark verlangsamte Zugang von Erwerbslosen geht ausschließlich zu Lasten der Außenberufe. Andererseits zeigt sich ein völliger Mißerfolg des rein privatkapitalistisch aufgelegten Ankurbelungsprogramms der verflochtenen Papen-Regierung; denn auch in der zweiten Novemberhälfte ist es nicht gelungen, die infolge Herannahens des Winters eingetretenen Entlassungen durch Neueinstellungen auszugleichen.

Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Herbst des vergangenen und laufenden Jahres soll jetzt wie folgt:

	Millionen Erwerbslose	
	1931	1932
30. September	4,35	5,10
31. Oktober	4,62	5,10
15. November	4,84	5,26
30. November	5,06	5,35

Im vergangenen Jahre betrug von Ende September bis Ende November der Zuwachs an neuen Erwerbslosen 710 000, in diesem Jahre 250 000 Personen. Feste Vergleichsmäße über den tatsächlichen Verlauf der Entwicklung in den beiden Jahren lassen sich bei dem verworrenen Zustand der Arbeitslosenstatistik leider nicht finden, aber auch alle Unschärfen Faktoren eingerechnet, zeigt sich doch, daß seit dem Juli dieses Jahres der Beschäftigungsgrad in den Konjunkturindustrien sich nicht verschlechtert

sozialistischen Verhandlungen mit dem Ziele gegenseitiger Annäherung geführt würden. Wir wiederholen nochmals, daß diese Gerüchte aus der Luft gegriffen und unwahr sind.

Reudings wird sogar mit angeblich amtlichen Protokollen gearbeitet, die als Beweis für den „Klassenerrat des ADGB“ dienen sollen. Gestützt auf diese angeblichen „Protokolle“ ist am 2. Dezember d. J. in der Zeitung „Volkswille“ (Centr.-Bund) erneut behauptet worden, es hätten solche Verhandlungen stattgefunden.

Wir erklären, daß diese angeblich amtlichen Protokolle mit ihrem ganzen Inhalt frei erfunden sind. Unser Rechtsbestand ist mit den erforderlichen Schritten gegen die Verleumder und die Urheber beauftragt worden. Der unverkennbare Zweck aller dieser falschen Behauptungen und böswilligen Erfindungen ist, in der Arbeiterschaft Mißtrauen gegen ihre Führer zu wecken und Zwietracht in die Reihen der Arbeiterbewegung zu tragen.

Die Preußenfrage

Besprechung

zwischen Otto Braun und Schleicher

Am Donnerstag hat eine Besprechung zwischen dem Reichskanzler von Schleicher und dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun stattgefunden. Die Einladung zu dieser Besprechung ist vom Reichskanzler ausgegangen. Die Besprechung galt im wesentlichen den bekannten preußischen Forderungen.

Schwindel gegen ADGB.

Agitation mit gefälschten Protokollen

Der Bundesvorstand des ADGB veröffentlicht folgende Erklärung:

Seit längerer Zeit werden im Reich e-andauernd Gerüchte verbreitet, wonach zwischen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Führern der National-

„Nationale“ Pressmethoden Zur Kennzeichnung der Verleumder

Zwei sogenannte „nationale“ Journalisten erheben gegen den Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Otto Wels öffentlich den Vorwurf des Landesverrats. Dieser antwortet mit Strafanzeige. Was geschieht nun? — Zunächst ein raffiniertes Verschleppungsmanöver: die beiden erstatteten ihrerseits gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand, Strafanzeige wegen Landesverrats. Natürlich ein sinnloses Beginnen. Aber bis zur formalen Einleitung einer solchen Anzeige, die immerhin viele Monate dauert, muß nach der zwingenden Vorschrift der Strafprozeßordnung die Beleidigungsklage ruhen.

Nach anderthalb Jahren endlich hat man die Verleumder vor Gericht. Der Oberreichsanwalt hat — selbstverständlich — auch nicht die Spur eines Anlasses zur Einleitung eines Landesverratsverfahrens gegen Otto Wels finden können. Wie benehmen sich jetzt die angeklagten Verleumder? Man höre ihre Einlassung:

Erstens: Man habe gegen Wels gar nicht den Vorwurf des Landesverrats erhoben wollen. (Daher die Strafanzeige!)

Zweitens: Jetzt — nach anderthalb Jahren — kommt der Angeklagte Zeit damit heraus, daß er als verantwortlicher Redakteur den Artikel nicht gekannt habe. Jetzt benenne er den Schriftsteller Kehring als den Verfasser, um für sich Straflosgigkeit zu erzielen! Gegen den sei die Sache allerdings nunmehr presserechtlich verjährt.

Ein würdiges Verhalten kneifenden Verleumderiums! Es wird überhöht dadurch, daß die „Deutsche Zeitung“, deren Redakteure dieses Musterbeispiel mutigen „Bekennertums“ gegeben haben, ihren Prozeßbericht mit den Worten überschreibt: „Kein Ruhmesblatt der SPD.“ Wirklich, „der SPD.“ — Offenbar ein Ruhmesblatt der Herren Zeit und Kehring!

Sind damit die Schliche des Verleumderiums aus? O nein! Als es doch nicht scheint, daß die Gesellschaft mit ihren Ausreden durchkommen wird, packt sie einen neuen Rettungsanker: Amnestie stehe in Aussicht! — Sie haben alle Strafanschließungsgründe parat: Angeben eines anderen Täters, Verjährung, Amnestie. Nur eins haben sie nicht parat: den Wahrheitsbeweis!

Wer was tut das? Wenn man keinen Wahrheitsbeweis hat, dann interessiert einem die Sache plötzlich nicht mehr! Der den Herren Rames, Zeit und Kehring gesinnungswandte „Tag“ vom Hauje Hugenberg bemerkt plötzlich:

„Es ist schließlich ganz uninteressant, was Herr Wels mit Herrn Henderlon in Verbindung über den Panzerkreuzer B. geredet hat.“

Ganz uninteressant! Wenn es so uninteressant ist, warum dann das Landesverratsverfahren? — Aber außer dem Einbild, daß dieser Prozeß in die Kampfmethode und feilsche Eigenart des nationalen Verleumderiums gewährt, hat die Sache auch eine starke politische Seite: die Vaterlandspartei nehmen bei jeder Gelegenheit für sich in Anspruch, daß sie allein es seien, die das Vaterland über die Partei stellen. Hier hat man den Anschauungsunterricht:

Was war der tatsächliche Anlaß der ganzen Affäre? Wels war in den Tagen des drohenden finanziellen Zusammenbruchs Deutschlands, um die Zeit des Zusammenbruchs der Großbanken, nach London gefahren, um eine Katastrophe für Deutschland zu verhindern. Auf Bitten und im Einverständnis mit der Regierung Brüning hatte er die Mission unternommen, den englischen Sozialistenführer Henderlon für ein finanzielles Entgegenkommen an Deutschland zu gewinnen. Um deutsche Interessen, um das Wohl und Wehe der gesamten Bevölkerung handelte es sich, die bei einem Staatsbankrott von unvorstellbaren wirtschaftlichen Folgen betroffen worden wäre. Und was tut die sogenannte nationale Presse: Aus gemeinsten Parteiegoistischen Absichten, aus angebotener Hege- und Verleumderlust schreit sie: „Landesverrat!“ Genau dasselbe hat sie bei ähnlichen Gelegenheiten hinter Breitfeld, hinter Scheidemann, hinter Hermann Müller hergeschrien. Das Vaterland über die Partei? — Ach nein: Schmuggel und elende Verleumderlust über die elementarsten Lebensinteressen des Volkes!

Der vornehme Ton in schwierigen Lebenslagen

Die beiden Parteien, denen die deutschen Wähler leider die Mehrheit im Reichstag gegeben haben, wollen ihre Kräfte nicht nur im Kampf der Spudknäpfe und Tischplatten außerhalb des Sitzungssaals, sondern sie entfalten auch einen eblen Weltreiß im Sauerbrotton während der Verhandlungen. Während die Kommunisten wieder einmal bei der Beratung des Stellvertretergesetzes für den Reichspräsidenten ohne jeden Grund wie die Dohlen brüllten — woraus dann die Schlägerei entstand — sparten sich die Nationalsozialisten diesen Teil ihres Stans für die spätere Rede des deutschen nationalen Abgeordneten: Schmidt-Eichwalde auf, der sich allerdings mit schwer ertragbarer Arroganz und Unwissenheit auf dem Rednerpult spreizte. Die nationalsozialistischen Zwischenrufer wurden immer temperamentvoller und lauter, Abg. Schmidt-

Hannover von den Deutschnationalen sprang seinem Namensvetter bei, und taum verfeh er sich's, da flogen ihm, dem Herrn Hauptmann, Rosenspitze wie „Sie Wisse, Dresden, ein Affe sind Sie“ und ähnliche negative Komplimente ans Ohr. Da die Nazis in beträchtlicher Uebermacht den Deutschnationalen ziemlich nahe aufs Fell gerückt waren, mußten sich selbst streitbare Herren wie Dr. Kleiner, Wiedemann, v. Freitag-Boringhoben diese Schmeicheleien stillschweigend anhören. Der Präsident Brüning wahrte inzwischen die eben gelobte „Würde des Hauses“, indem er sich in eine Zeitung vertiefte, nur der deutschnationale Parteiführer Oberfahren feuerte, als ein Sozialdemokrat das Harzburger Stiebesniet bestaunte, resigniert: „Sie sind wohl gemütsüchtig?“ Ueber eine halbe Stunde setzten die nationalsozialistischen Abgeordneten ihre Drohungen für Hugenbergs Besorgnis fort, ohne daß einen einzigen von ihnen die geringste Rüge traf. Die Vertreter der „Autorität“ waren mit den Schlußhaltern des „sauberen“ Deutschland in Konflikt gekommen.

Lehrerprotest in Preußen Eine Lektion über „autoritäre Staatsführung“

Es war eine der ersten Maßnahmen der grundsätzlich neuen Staatsführung auf dem Gebiete der preußischen Kulturpolitik, daß sie einen Erlaß herausgab, der der evangelischen Kirche das Recht einräumt, durch besondere Beauftragte nachprüfen zu lassen, ob die Lehrer der öffentlichen Volksschulen den Religionsunterricht ordnungsgemäß erteilen. Die Bekanntgabe des Erlasses hat in der gesamten preußischen Lehrerschaft einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Lehrerschaft ist nach übereinstimmenden Kundgebungen aus allen Teilen des Landes entschlossen, ihre Freiheit von der kirchlichen Beaufsichtigung mit allen zulässigen Mitteln zu verteidigen. Aus diesem Grunde macht der Kommissar des Reiches im Kultusministerium jetzt den Versuch, die Ruhe nach den Methoden des Obrigkeitsstaates aufrechtzuerhalten. Er hat den Regierungspräsidenten folgenden vertraulichen Erlaß übersandt:

„In einigen Lehrervereinen haben sich die Lehrer auf Veranlassung ihrer Vorstände verpflichtet, den Religionsunterricht für den Fall einer Durchführung des Erlasses vom 2. August d. J. niederzulegen. Auch wird in einem Teil der Lehrerpresse ein Kampf gegen die Einschikung geführt, der darauf hinzielt, weitere Lehrer zu diesem Schritt zu veranlassen. Ich wolle auf diese Bestrebungen mit dem Bemerkten hin, daß dessenungeachtet die Durchführung des Erlasses vom 2. August d. J. zu sichern ist. Wo derartige Bestrebungen platzgreifen, wird eine intensive Aufklärungsarbeit seitens der Schulleiter und Regierungsschulleiter einsehen müssen, die in der Lehrerschaft offenbar über den Sinn der Einschikung vielfach falsche Meinungen verbreitet sind. Gegebenenfalls wird aber auch ernstlich, am besten in persönlicher Aussprache mit den betreffenden Lehrern, darauf

Fragen statt Antworten

Neurath auf der Fünfmächtekonferenz

Eigener Bericht des „Vorwärts“
Genf, 8. Dezember.

Der deutsche Außenminister wurde heute in der Fünfmächtebesprechung um Antwort auf die Frage gebeten, ob Deutschland auf der Grundlage der letzten Erklärung Herriots in die Abrüstungskonferenz zurückkehren werde.

Statt Antwort zu geben stellte Neurath folgende Gegenfragen:

1. Wird die Gleichberechtigung praktische Anwendung in der künftigen Konvention in jeder Beziehung finden und ist sie infolgedessen der Ausgangspunkt der künftigen Erörterungen der Konferenz bezüglich der abgerüsteten Staaten?
2. Schließt der Ausdruck „System, welches Sicherheit allen Nationen verschafft“ das Element der Sicherheit ein, das in der allgemeinen Abrüstung beruht, so wie es von der Völkerbundversammlung anerkannt worden ist?

Dazu erklärte Freiherr v. Neurath, daß zunächst diese Fragen befriedigend beantwortet werden müßten. Die Worte Herriots, daß die Anerkennung der Gleichberechtigung eines der Ziele der Konferenz sein sollte, könne dahin mißverstanden werden, daß die Gleichberechtigung nur ein Prinzip darstellen solle. Es käme aber nur seine volle Auswirkung in Frage. Die Konvention müsse eine praktische Auswirkung in allen Abrüstungselementen finden. Deshalb sei es notwendig, daß hinsichtlich der Gleichberechtigung von vornherein zum Ausgangspunkt genommen werde.

Falle die Beantwortung dieser Frage nicht positiv aus, so habe die Teilnahme Deutschlands an der Abrüstungskonferenz keinen Sinn, da Deutschland sonst ja nicht wählte, ob und inwiefern die gefundenen Lösungen auf Deutschland Anwendung finden.

Zu der zweiten Frage bemerkte Freiherr v. Neurath, diese könne nicht mißverstanden werden; er nehme an, daß das Sicherheitsproblem, das in

Mißgriff im Getümmel



„Nicht damit zuhauen — das ist ja Goebbels!“

aufmerksam gemacht werden müssen, daß sich eine Betämpfung des Erlasses vom 2. August d. J. in der Öffentlichkeit und eine Beeinträchtigung der Elternschaft zu diesem Zweck mit den Beamtenpflichten eines Lehrers nicht vereinbaren läßt. Falls sich im dortigen Bezirk der Durchführung des Erlasses ernstliche Schwierigkeiten entgegenstellen sollten, erwarte ich Bericht. Die Ausführung dieses Erlasses bitte ich der Schulabteilung zu übertragen.

Der neue Unterrichtskommissar Köhler gibt also der Volksschullehrerschaft eine Musterlektion über autoritäre Staatsführung, wie sie eindrucksvoller kaum gedacht werden kann. Die Lehrerschaft, die diesen Erlaß zur Kenntnis nimmt, sollte daraus die notwendigen Folgerungen selbst zu ziehen wissen.

Die Reichsfinanzen

Im Oktober

98,1 Millionen Mark Mehrausgaben

Nach dem jetzt vorliegenden Ausweis des Reichsfinanzministeriums sind in den ersten sieben Monaten des laufenden Rechnungsjahres (April bis Oktober) 4365,7 Millionen an Steuern, Zöllen, Verwaltungsgebühren und anderen Einnahmen eingegangen, während sich die Aus-

gaben auf insgesamt 4367,5 Millionen Mark stellen. Es verbleibt danach im ordentlichen Haushalt eine Mehreinnahme von 1,2 Millionen.

Dieser verhältnismäßig günstige Stand der Reichsfinanzen ist aber im wesentlichen auf Kosten der Länder erreicht worden, die an Steuerüberweisungen im laufenden Finanzjahr bisher nur 935,1 Millionen erhalten haben. Im Jahresooranschlag sind an Steuerüberweisungen für die Länder 2113,5 Millionen Mark vorgesehen worden, so daß die Länder in den vergangenen sieben Monaten erst 44 Prozent des veranschlagten Betrages zugewiesen bekommen haben. Auf diese Weise läßt sich der Reichshaushalt in der Tat leicht ausbalancieren.

Im vergangenen Monat betrug bei 639,1 Millionen Mark Einnahmen und 737,2 Millionen Mark Ausgaben die Mehrausgabe 98,1 Millionen. Diese Mehrausgaben hängen mit einer außerplanmäßigen Belastung des Staats, u. a. für Stützung der Rheinischen Landesbank und vorzeitigen Rückkauf von Schuldverschreibungen zusammen. — Im außerordentlichen Haushalt hat das Defizit im Oktober 15,3 gegen 3,9 Millionen Mark erreicht.

Straßer berichtigt

Wir erhalten folgende Berichtigung: Den in Nr. 565 des „Vorwärts“ unter der Überschrift „Eine aufregende Nacht. Hitler wie ihn keiner kennt“ erschienenen Artikel berichtigt ich wie folgt:

Es ist unwar, daß ich mich am 30. November auf dem Anhalter Bahnhof zum Empfang Adolf Hitlers eingefunden habe.

Wahr ist vielmehr, daß ich bereits seit dem Abend des vorhergehenden Tages wußte, daß Adolf Hitler nach Weimar fuhr.

B. Straßer, W. d. R.

Fühle mich
bedeutend
jünger!



Ich bin 51 Jahre alt und bekam nach einer Gallenoperation öfter Krämpfe. Seitdem ich Zinsser-Rheumatismus-See und Zinsser-Knochenlauchsaft trinke, bleiben die Krämpfe aus und auch meine Arthritiden in den Beinen sind verschwunden. Ich fühle mich bedeutend jünger und werde Ihren See und Knochenlauchsaft weiter empfehlen.
64832 F. Klein, Berlin-Stichtenrade.

Zinsser-Rheuma-See

Ist ein vorzügliches Mittel bei Rheumatismus, Gicht, Ischias, Gliederreihen, Neuralgien, Herenschmerz und Kreuzschmerzen. Paket Mk. 1,82, verpackt (S.A.P.a.) Mk. 2,25. In vielen Apotheken zu haben, sonst direkt (Verband-Apotheke) verlangen Sie aber ausdrücklich „Zinsser“ und achten Sie auf nebenstehende Schutzmarke.



Dr. Zinsser & Co. G.m.b.H.
Leipzig 75

70000 Anerkennungen über Zinsser-See-mittel (unterteilt begründet)

Univ. Angros-Balnearien-Verlag, Berlin C 25, Dresdener Str. 20, Tel. Kopslerstr. 2274, weiß auf Wunsch Verkauflisten gern ausb.

Wer Hauszinssteuer zahlen muß

Wirrwarr um verschiedene Verordnungen

Nach der Rotverordnung vom Juni 1932 wird die Hauszinssteuer nur noch denjenigen Mietern erlassen, deren Bedürftigkeit nachgewiesen werden kann. Für die ausfallenden Beträge sollte nun nicht mehr Preußen, sondern die einzelnen Gemeinden aufkommen, die dafür einen besonderen Reichszuschuß bekamen. Praktisch kommt dadurch eine Niederschlagung der Hauszinssteuer nur für die aus Mitteln der öffentlichen Fürsorge laufend bedachten Unterhaltungsempfangler in Betracht. Der Erlaß der Hauszinssteuer muß außerdem durch einen besonderen Antrag an das Wohlfahrtsamt verlangt und von diesem befristet werden.

Nach Erlaß der Rotverordnung mußte sofort eine Uebergangsregelung geschaffen werden, weil es praktisch unmöglich war, die allein in Berlin einkaufenden 750 000 Steuererläßanträge sofort nachzuprüfen. Für die Monate Oktober und November wurde schließlich diese Regelung verlängert. Am 1. Dezember aber mußte die Rotverordnung nach den Bestimmungen in Kraft treten. Es hat sich jedoch gezeigt, daß die Wohlfahrtsämter trotz Einstellungen von Ausschüßkräften auch zu diesem Zeitpunkt die ungeheure Menge der Anträge nicht bewältigen konnten.

Durch diesen Wirrwarr der Verordnungen ist ein Zustand entstanden, bei dem alle diejenigen, deren Anträge noch nicht beantwortet sind, nun nicht wissen, ob sie die Steuer zu zahlen haben oder nicht. Praktisch unterblieb jedoch in den meisten Fällen jede Zahlung, weil die Mieter einfach dazu nicht in der Lage waren. Da die Hauswirte jedoch die Eintreiber der Hauszinssteuer sind und die Beträge an die Finanzkasse abliefern müssen, kam es zu großen Unstimmig-

keiten. Die maßgebenden Stellen haben nun die Unhaltbarkeit dieses Zustandes eingesehen und werden eine neue Verordnung herausbringen, die zunächst die alte Uebergangsregelung weiterhin aufrechterhält.

Danach haben nur diejenigen Mieter, deren Anträge tatsächlich abgelehnt sind, die Hauszinssteuer zu entrichten. Von der Zahlung der Steuer aber bleiben diejenigen vorläufig befreit, deren Anträge vom Wohlfahrtsamt noch nicht entschieden werden konnten.

Finanzjelenö

Muß Berlin den Weg von Frankfurt und Köln gehen?

Die katastrophale Finanzlage der Reichshauptstadt, in die Berlin wie die anderen Großstädte ohne eigenes Verschulden gekommen ist, wird durch eine Vorlage schlaglichtartig beleuchtet, die der Stadtverordnetenversammlung zugegangen ist.

Die Stadt hat in den Jahren 1928/1930 fünf- und sechsprozentige Goldschahenweisungen in Höhe von 110 Millionen Mark ausgegeben. Von diesen Schahenweisungen sind 25 Millionen zu 110 Proz., also mit 27,5 Millionen Mark, am 1. April 1933, und 85 Millionen am 1. Oktober 1933 fällig. Die Aufgabe oder Beschränkung von Rechten der Gläubiger kann

nach den bestehenden Verordnungen nur im Wege einer Stundung der Kapital- oder Zinsansprüche beschlossen werden.

Diesen Weg zur Stundungsgewinnung haben die Städte Frankfurt am Main und Köln in den letzten Monaten beschritten.

Ob ihn auch die Stadt Berlin wird gehen müssen oder ob sich ihr eine Möglichkeit bieten wird, durch Vereinbarung mit ihren Gläubigern, durch Auflegung neuer Anleihen oder durch andere Kreditgeschäfte zum Ziele zu gelangen, läßt sich zur Zeit noch nicht mit Gewißheit sagen.

Die Stadt ist vorerst bemüht, einen geeigneten Weg zu finden, um eine ordnungsmäßige Entwicklung dieser großen mittelfristigen Anleihen zu gewährleisten und dadurch eine geordnete Kassen- und Haushaltsführung — soweit diese unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist — sicherzustellen.

Der Oberbürgermeister gibt der Stadtverordnetenversammlung in der Vorlage zur Beschlußfassung hierzu Kenntnis und bittet sie, ihn zu ermächtigen, im Namen der Stadt und im Benehmen mit dem Magistrat und der Finanzdeputation die Darlehensgeschäfte abzuschließen oder die zur Durchführung einer Prolongation der Anleihen notwendigen Maßnahmen zu treffen, die in Hinsicht auf die Fälligkeitstermine der Goldschahenweisungen erforderlich sind.

Diese Ermächtigung ist notwendig, um die entsprechenden Verhandlungen, die naturgemäß mit der Abgabe von Angeboten verbunden sein werden, führen zu können.

Kleinsthandel

Finanzamtbescheinigung muß sein

In wenigen Tagen, vom 11. Dezember ab, nimmt der in Berlin herkömmliche Weihnachtsstraßenmarkt seinen Anfang. Verkaufsbuden entstehen auf den bekannten Plätzen und Straßen und zwischen den Budenständen werden wieder Erwerbslose ihre kleinen bescheidenen Weihnachtsartikel an den Mann zu bringen versuchen. Wie jeder ambulante Gewerbetreibende, müssen die ständigen „fliegenden Händler“ eine Bescheinigung vom Finanzamt haben, denn wer ohne sie von einem Polizeibeamten angetroffen wird, kann bittere Erfahrungen machen. Vorher muß der ambulante Gewerbetreibende sein Gewerbe beim Bezirkssteueramt anmelden. Er erhält dort einen Gewerbebeschein. Dann muß der „Ambulante“ zum zuständigen Finanzamt, wo er ein Straßensteuerheft für die Umsatzsteuer ausgehändigt bekommt und seinem mutmaßlichen Umsatz entsprechend einen kleinen Vorkauf entrichten muß. Bei dem Weg zum Finanzamt ist ein Lichtbild mitzunehmen, das in das Steuerheft eingeklebt wird.

Die Erwerbslosen hingegen, die sich nur in der Zeit vom 11. Dezember bis zum 24. Dezember durch Verkauf von kleinen Weihnachtsartikeln einen bescheidenen Nebenverdienst schaffen wollen, brauchen auf alle Fälle eine Verkaufslegitimation, und diese wird ihnen auf Antrag vom zuständigen Finanzamt in Form einer Bescheinigung kostenlos ausgestellt. Eine gelegentliche Verpflichtung der Finanzämter zur Aus-

schließen, daß die Polizei von irgendeiner Seite einen Wink bekommen hat, denn was bislang in mehreren Monaten durch die Rundfunkleute nicht möglich war, geschah nun in knapp einer Stunde. Kriminalkommissar Dr. Bräschwitz drang in eine Wohnung in der Reinickendorfer Straße ein und mit seinen Beamten überprüfte er drei Männer, die gerade dabei waren, den Geheimfender auseinanderzunehmen und in mehrere Koffer zu verstauen. Die Apparate wurden beschlagnahmt. Ueber die Personalien der Festgenommenen wird, wie die Polizei erklärt, im Interesse der weiteren Untersuchung noch Enthüllungen bewahrt.

Reichsbanner hilfsbereit

Hand in Hand mit Polizei und Feuerwehr

Die Brandversicherungskammer zu Dresden hat den Mannschaften des Arbeitslagers des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold in Sohland an der Spree ihre ganz besondere Anerkennung für die tatkräftige Hilfeleistung bei Bekämpfung eines Brandes in Laubenheim ausgesprochen. Es sei bei dieser Gelegenheit mit erwähnt, daß auch bei dem kürzlich in Sohland an der Spree ausgebrochenen Schadenfeuer eine Hilfsmannschaft desselben Arbeitslagers in kurzer Zeit zur Stelle war und sich der Feuerwehr und Polizei zur Verfügung stellte. Der Bundesführer Karl Höstlermann hat den Sohlander Kameraden für ihre Tat in einem Schreiben Anerkennung und Dank ausgesprochen.

stellung der Bescheinigungen besteht zwar nicht, aber um Härten zu vermeiden und den armen Leuten nach Möglichkeit entgegenzukommen, wird den kleinen Weihnachtshändlern, deren Umsatz meist nur wenige Mark beträgt, für die Zeit vom 11. bis 24. Dezember durch diese Bescheinigung eine kurze Handelsurlaubnis gewährt. Es ist selbstverständlich, daß die Entscheidung darüber einzig und allein bei den Finanzämtern liegt, die jeden Fall und Antrag prüfen.

Die Not in Berlin

335 000 Wohlfahrtserwerbslose

Die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in Berlin, d. h. der langfristigen Erwerbslosen, die weder auf Arbeitslosenversicherung noch Arbeitslosenversicherung Anspruch haben und ausschließlich von den Gemeinden erhalten werden, ist im November 1932 wiederum gestiegen. Sie betrug Ende November 1932 335 271 gegenüber 329 957 am Ende des Vormonats. Sie hat demnach um 1,6 Proz. zugenommen.

Unter den am 30. November 1932 gezählten Wohlfahrtserwerbslosen befanden sich 9181 Fürsorgearbeiter, am Ende des Vormonats waren es 9336.

Tumulte in Berlin W

Scheiben eingeworfen Mehrere Verletzte

Im Berliner Westen, in der Umgebung des Mittenerplatzes, kam es gestern abend zu kommunistischen Demonstrationen. Wie die Polizei mitteilt, bildeten sich schlagartig kommunistische Trupps, die in zwei Fällen die Fensterscheiben der Schuhwarenfirma von Reiser und Chafalla in der Louisenstraße durch Steinwürfe zertrümmerten. Ein Fensterstürmer wurde festgenommen und der Politischen Polizei übergeben. Bei den Tumulten wurden zwei Schupowachmeister am Kopf verletzt. Ein Beamter mußte zur nächsten Rettungswache gebracht werden, wo ihm erste Hilfe zuteil wurde. Im Verlaufe der Zwischenfälle, die nur von kurzer Dauer waren, wurde von den Demonstranten ein Kanonenschuß abgebrannt. Außerdem sollen mehrere Schüsse gefallen sein. Ein bei den Tumulten Verletzter fand im Achsenbachkrankenhaus Aufnahme.

Aufruf von Sammellkarten

Die BVB.-Sammellkarten der Ausgabe B und C werden zum 31. Dezember 1932 ausgerufen. Die Bezeichnung der Ausgabe ist auf jeder Sammellkarte aufgedruckt. Die Fahrkässe werden gebeten, die in ihren Händen befindlichen Sammellkarten auf die Bezeichnung der Ausgabe hin zu prüfen und Sammellkarten der Ausgabe B und C bis zum Ende des Monats Dezember d. J. zu benutzen. Mit Ablauf des 31. Dezember 1932 verlieren die Sammellkarten der Ausgabe B ihre Gültigkeit.

Vermischt wird seit dem 3. Dezember die nervenranke 53jährige Invalidenrentnerin Eise Rilde, wohnhaft Schönhauser Allee 74. Sie ist bekleidet mit einem schwarzgrauen Bodenmantel, schwarzem Filzhut und trug dunkelblaue Strümpfe und schwarze Wiederschuhe. Entsprechende Angaben erbitten wir an das zuständige Polizeirevier, R. Gaudystraße 8.

Geheimfender entdeckt

Auf dem Wedding beschlagnahmt

Nach monatelangen Bemühungen ist es der Politischen Polizei gelungen, den kommunistischen Schwarzfender auf dem Wedding in einer Wohnung in der Reinickendorfer Straße 100 ausfindig zu machen und die Sendeanlagen zu beschlagnahmen. Drei Personen, die gerade mit der Abmontage des Schwarzfenders beschäftigt waren, wurden festgenommen und ins Polizeipräsidium gebracht.

Wiederholt trat der kommunistische Sender in letzter Zeit in Tätigkeit. Der Wirkungsbereich dieser illegalen Sendeanlage war aber so schwach, daß er nur in der näheren Umgebung der Sendestelle und dort auch meist nur sehr schwach gehört wurde. Die Politische Polizei war im Verein mit der Reichsrundfunkgesellschaft und der Reichspost unausgesetzt bemüht, diesen Schwarzfender unschädlich zu machen. Es wurde versucht durch Peilungen den Stand des Senders herauszubekommen; diese Aktionen schlugen aber fehl und so wurden denn 1000 Mark Belohnung ausgesetzt, um endlich auf die Spur des kommunistischen „Störenfriedes“ zu kommen. Am Donnerstag um 14 Uhr soll der Schwarzfender wieder einen kommunistischen Propagandavortrag zum besten gegeben haben. Von der Funküberwachungsstelle der Polizei wurde die kommunistische Sendung gehört und sofort alle Maßnahmen zu seiner Unschädlichmachung ergriffen. Das schnelle Auffinden des Geheimfenders im Hause Reinickendorfer Straße 100 läßt darauf



Josetti - Juno

eine Wortverbindung, die seit Jahrzehnten für Millionen Raucher eine Höchstleistung der Cigaretten-Industrie bedeutet.

In dieser Marke hat der Qualitätsgedanke einen beispiellosen Erfolg gezeitigt,

gerade weil sie auf Zugaben wie Wertmarken, Gutscheine und Stickereien bewußt verzichtet.

Josetti-Juno ein Name von Klang!



Berlin in den Jahren der Schmach

Neues Leben durch die ersten sozialistischen Stadtverordneten

Alt-Berlin ist in den letzten Jahren in Mode gekommen. „Im Antiken liegt der wahre Wert“, sagt der Berliner. Jung und alt wird jetzt durch dieses Berlin der Vergangenheit geführt, alte und muffige Winkel, restaurierte Bauten und anderes werden gezeigt und dabei wird „Tradition“ gepflegt im unangenehmen Sinn. Man ergötzt sich an einer verunkelten Periode. Auch wir sind für Pflege der Ueberlieferung, besonders dann, wenn es heißt, der großen, schweren und lehrreichen Vergangenheit der modernen Arbeiterbewegung zu gedenken. Eine solche Betrachtungsweise führt zu anderen Ergebnissen als eine rein romantische, die gar zu gern von der „guten alten Zeit“ spricht.

Wie stand nun das alte Berlin des 19. Jahrhunderts zur modernen Arbeiterbewegung und umgekehrt die Arbeiterklasse zu Alt-Berlin? Der Handwerksmeister sah im abendlichen Stammtisch die Abwehrfront gegen die Roten. Man war Mitglied im Kriegerverein, im „Berliner Handwerkerverein“ und im „fortschrittlichen Bezirksverein“. So sah das Ueholz aus, aus dem die Demokraten geschneit wurden. Das war kein Wunder, denn als im Jahre 1861 die Deutsche Fortschrittspartei ihr Programm veröffentlichte, war darin von demokratischen Forderungen wie dem allgemeinen Wahlrecht, der Presse- und Vereinsfreiheit nicht die Rede. Anders die Arbeiterklasse. Der Sozialismus war bis 1878 eigentlich über die ersten Behauptungen nicht recht hinausgekommen. Das Sozialistengesetz indes raubte der Arbeiterklasse jede Bewegungsmöglichkeit, raubte ihr Lust und Licht und suchte sie zum Erliegen zu bringen. Es war der gute Geist von Führern und Masse, der unter unfählichen Opfern schließlich alle Gefahren überwand.

Die Zeiten des Schandgesetzes

Mit unseren Erinnerungen rühren wir an jene Zeit, die unsere Alten erlebt haben und die wert ist, auch unserer heutigen Generation dargestellt zu werden. Wir meinen die Jahre der Schmach von 1878 bis 1890. Damals waren die Berliner Arbeiter einig; die heutige Zerrissenheit konnte man sich kaum im Traume vorstellen. Das Bürgertum war auch damals schon verheißt und verschüchtert. Es lebte aber auch schon so eine Art von nationalsozialistischen Frühlings; es hieß Julius Ruppel und gab ein dreimal wöchentlich erscheinendes Druckpapier unter dem Namen „Berliner Ostend-Zeitung“ heraus, ein Schmutzblatt überstierter Sorte. Ganz deutlich entlief mich noch einer Volksversammlung in der Königsbank in der Großen Frankfurter Straße. Da quasselte der Ruppel das Blaue vom Himmel herunter. Unsere Genossen, aller Rechte durch Kaiser, Kanzler und Parlament beraubt, gingen damals in alle gegnerischen Versammlungen. Als der Ruppel gar zu teufelsfroh wurde, bekam er's hagedicht: „Du kannst deinen antisemitischen Hausnechten erzählen, aber nicht gereizten Arbeitern.“

Es gab tatsächlich schon ein paar als reine Antisemiten gewählte Berliner Stadtväter. Da war der Gärtnermeister Limprecht und der Schmiedemeister Pest. Später gefellte sich zu diesen Erneuerern der Aushilfsjournalist Dr. Bachler, der den Chefredakteur der „Staatsbürger-Zeitung“ markierte. Die Segel „Unter den Linden“ fürte den Hofflieferanten Gerold zum antisemitischen Stadtvater. Die Wähler dieser Teutonen waren vorwiegend Beamte und weiterhin notleidende Bäcker- und Schlächtermeister.

Ein Groß-Berlin war in jener Zeit ganz undenkbar. So hatte jedes Ruff sein Stadt- oder Ortsparlament. Durch diese Parlamenten wollten die Bürgerlichen ihre Geschäfte machen. Eine einzige Ausnahme machte Charlottenburg. Da ging's schon unter dem Schandgesetz oft recht demokratisch zu. Wir erinnern uns an die aufrechten und kampfbereiten Demokraten, die Affessoren Ahlemeyer und Schmilinsky. Beide traten ehrlich für die Arbeiterrechte ein. Ahlemeyer war später Staatsanwalt am Landgericht II, sein Schwager Schmilinsky starb vor einigen Jahren als treues Mitglied unserer Partei. Die Charlottenburger hatten einen ausgezeichneten Stadtverordnetenvorsitzer in der Person des unvergesslichen Justizrat K u g u n d e l. Dieser, ein Fortschrittler von echtem Schrot und Korn, gehörte zu den Intimen um Liebknecht und Bebel, und die hervorragenden Dienste, die er der Partei in allen Lagen, besonders aber als Strafvollzugsleiter unter dem Sozialistengesetz geleistet, sind unvergessen. Selbst die Spieler waren stolz auf diesen einzigen Vorsteher.

Anno 1892 gingen wir nach heftigen Parteikämpfen zur Stadtverordnetenwahl. Unter den

Gewählten befanden sich Paul Singer, Sabor, Tuhauer. Die Freisinnigen waren damals im Roten Hause durch Männer wie Birchow, Vangerhans, Ludwig Löwe, Strahmann vertreten, ganz kurze Zeit gehörte auch Eugen Richter dazu. Nach seinem eigenen Geständnis konnte er dem kommunalen Kleinkram keinen Geschmack abgewinnen.

Im Mai 1892 starb der Berliner Oberbürgermeister von Forderbeck; er hatte von Anfang an der Sozialdemokratie vollkommen verständnislos gegenübergestanden. Nach Auffassung der Berliner Genossen lag kein Grund vor, diesen Mann von Partei wegen das letzte Geleit zu geben. Die Arbeiter waren der Ansicht, daß der Tod aus einem Feinde keinen Freund der Unterdrückten machen könne. Im Beichenzuge schritten trotzdem unsere Genossen Tuhauer, Sabor und Giesholt; sie mußten sofort ihre Mandate niederlegen.

Wie standen die Berliner kommunalen Behörden und Persönlichkeiten zu den Arbeitern? Es war damals unmöglich, daß ein Mann, der Sozialdemokrat war, Nachtwächter werden konnte. Die Schnüffelei wegen der politischen Befassung der

Pfleger in den städtischen Anstalten war ein besonders dunkles Kapitel des Kommunalfreiwills. Großes Aufsehen erregte die rechtswidrige Entlassung des Büroassistenten Wallig, eines fortschrittlichen Beamten, den die abgedienten Feldwebel der kaiserlichen Soldateska fortgegrault hatten. Bezirksvorsitzer und Mitglieder städtischer Kommissionen konnten Sozialdemokraten nur durch irgendein Versehen werden; sie waren grundsätzlich von allen kommunalen Ehrenämtern ausgeschlossen. Den stärksten Anschauungsunterricht von dem, was damals möglich war, lieferte ganz traditionell die — Justiz. In Berlin konnte es geschehen, daß ein geisteskranker Richter, der Landgerichtsdirektor Brausewetter, lange Zeit amirierte und ehrliche Arbeiter auf viele Jahre in die Gefängnisse steckte. Das alles und noch vielmehr geschah im alten Berlin!

Wenn man also heute durch Alt-Berlin geht oder sich führt, dann möge man nicht vergessen, daß das ein Berlin war, in dem die Fürsten und ein ihnen vollkommen ergebenes Bürgertum herrschten.

Mieterelend im Hinterhaus

Je mehr Höfe und Quergebäude und Seitenflügel eine Mietskasernen besitzt, desto dichter füllt die Menschen, desto größer schreit ihr Leid. Es ist eine Gemeinschaft von Elendsbrüdern, denen zuerst der Krieg die Gesundheit, dann die Wirtschaftskrise die Existenz geraubt hat. Da wohnen im Hause Dresdener Straße 107 viele, die schon jahrelang unter der Arbeitslosigkeit zu leiden haben.

Der Mieter im ersten Seitenflügel weiß längst nicht mehr, wie Arbeit aussieht, dafür hat ihm aber der Krieg das linke Bein und den linken Arm zuschanden gemacht; der alte, trankte Schuster mit kranker Frau und drei Kindern hat die Portierstelle, dafür kriegt er 75 Mark, wozu 50 Mark für seine finstere Parterrewohnung abgehen. Dann ist da noch ein 100prozentiger Kriegsbeschädigter, dessen Rente nicht her- und nicht hinreicht, auch er muß für Stube und Küche 35 Mark beropfen. Eine 3-Zimmer-Wohnung kostet nur gar an die 90 Mark. Alles hängt natürlich mit der Miete, die bei der Beschaffenheit der Wohnungen reichlich hoch ist, und man stützt sich mit dem Hausgestrengen nicht gut. Eine billigere Wohnung nehmen, ist leicht gesagt, aber schwer gefunden. So taten sich einige Hausbewohner zusammen und stellten dem Hauswirt ihr Elend dar und baten um einen kleinen Mietsnachlaß. Der aber ließ sich auf nichts ein, verfluchte die Leute wegen Zahlungsverweigerung, am Termin hieß es dann, hier sei das Mietzinigungsamt zuständig. Wenn sie dort auch wieder nicht Recht kriegen, dann wird der Wirt wohl kurzen Prozeß mit ihnen machen und sie auf die Straße setzen. Was dann? Umzug kostet Geld und billige Kleinwohnungen sind rar. Der Wirt denkt auch nicht daran, nur die allernotwendigsten Reparaturen machen zu lassen. In den Kellern fault und schimmelt es lustig, der Schuster konnte seine Schustermaschine wegwerfen, kein Mensch kann sich ein paar Karioffeln darin lagern; in den Stuben rauchen die Defen, die Fenster klaffen und durch die kaputten Dachschindeln pfeift der Wind...

Die „Deutsche Liga für Menschenrechte“ wird in einer Mitgliederversammlung mit eingeladenen Gästen am Dienstag, dem 13. Dezember, im Vangerhans-Birchow-Haus, Luisenstr. 58, 20.30 Uhr, zu dem Prozeß Bullerjahn und seinen Lehren Stellung nehmen. Die Verteidiger, Professor Hugo Sinzheimer und Dr. Kurt Rosenfeld, Walter Bullerjahn selbst und Kurt Grohmann werden das Wort nehmen.

Die Jugendweib-Annahmestellen werden hierdurch gebeten, soweit bisher nicht geschehen, sämtliche vorliegenden Anmeldungen sofort dem Jugendweib-Sekretariat, SW. 68, Lindenstr. 2, einzufenden.

Freie Sozialistische Hochschule. Der nächste Vortrag der „Freien Sozialistischen Hochschule“ findet am kommenden Sonnabend, 10. Dezember, 19¼ Uhr, im Plenarssaal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Straße 3, statt. Es spricht Genosse Univ.-Prof. Dr. Friedrich Herg, über das Thema „Rassenwahn und Politik“. Hörerarten sind an folgende Stellen abzugeben: AdL., Hedemannstr. 12; Verband der graph. Hilfsarbeiter, Ritterstraße, Ecke Luisen- ufer; Zigarrengeschäft Horlich, Engelsufer 24/25;

Verlag des Bildungsverbandes der deutschen Buchdrucker, Dreibundstr. 5; Verlagsgesellschaft des ADGB, Sortiment, Inselstr. 6; Arbeiterbank, Wallstr. 65; Naturfreunde, Johannisstr. 15; Buchhandlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Rungelstr. 30; Bezirksbildungsausschuß, Lindenstraße 3; Dieh-Buchhandlung, Lindenstr. 2; DRB, Linsenstr. 83/85 und Alte Jakobstr. 148/155.

Kaninchen in Hermsdorf

Viele Plakate zeigten in Hermsdorf den Weg zum Restaurant „Zur Mühle“, Berliner Straße Nr. 145, wo 140 Rasse- und 30 Berlin-Lösungsanfänger dieser Tage zu einer Schau angezogen waren. Man sah auffallend große blaue Wiener, prachtvolle belgische Riesen, bei 16 Pfund schwer, kraftgebrungene Widder, entzückend feine Hermetin und die ganz große Mode gewordenen Castor Reg. Unter den Angora ist manche Primadonna vertreten, herrlich gekämmt, doch ist sie als Kaninchen erst prima, wenn ihre Wolle 7 Zentimeter lang ist. Sehr lehrreich ist die Ausstellung der Musterstellungen. Unter ihnen fallen wiederum die Sonnenstellungen auf, die manchem Erwerbs-

losen die Haltung der Kaninchen erleichtert. Kann er irgendwo eine leere Tonne aufstreifen, so hat er hier ein Vorbild, wie er sie zu einer gefunden, trockenen Kaninchenwohnung ausbauen kann. Die Pelzmodeschau, von Frauen der Vereinsmitglieder besichtigt, bemerkt aufs allerbeste die vielfältige Verwertungsmöglichkeit der Kaninchenfelle. Die zielbewusste und fleißige Arbeit all der vielen Züchtervereinigungen hat es tatsächlich bewerkstelligt, daß jetzt schon auf den billigsten Mantel ein Pelzfragen als willkommener Wärmehub wandern kann.

350 Waisenkinder bei Juvena

Im Juvena-Haus, Potsdamer Straße, gab es einen fröhlichen Nachmittag. 350 Berliner Waisenkinder waren zur Nachmittagskaffee eingeladen und Gilly Kussem, die Tennismeisterin, freudigste ihnen all die guten Sachen. Noch mehr Spaß bereitete es der kleinen Gesellschaft, als Tante Gilly nachher aus ihrer „Brigitte“ erzählte und ihnen den Tennissport in den leuchtendsten Farben schilderte. Dann gab's noch ein Kolleg über den Wintersport; Dr. Neukirch, Dozent der Volkshochschule an der Hochschule für Volkswirtschaften sprach über Rodeln, Schlitten und Schlittschuhport. Auch das Kaspertheater fehlte nicht und ein freudenspendender Weihnachtsmann, der sich schließlich als die beliebte Juvena-Tante entpuppte. Die größten Kinder besichtigten dann noch das Juvena-Museum, eine interessante Schau der Bademode von Anno dazumal bis zur Vera Bracht, sowie den Fabrikationsbetrieb von gewirkter Unterwäsche, der, als einziger in ganz Berlin, bei groß und klein lebhaftes Interesse fand. Auch die Juvena-Waschkurse haben seit der kurzen Zeit ihrer Einführung außerordentlich starkes Interesse erweckt, es meiden sich Hausfrauen, Angestellte, Studentinnen und Gewerbelehrerinnen in großer Zahl, die sich die Kenntnis fachgemäßer Behandlung der Wäsche im Sinne einer langen Lebensdauer aneignen wollen. Die Herstellungsmasse der Tricotwäsche hat wieder für Branchenverkäuferinnen großes Interesse. Zur Krönung des ganzen wintert dann noch für jeden 50. und 100. Teilnehmer Prämien in Form von Wäschestücken und Winterportreilen. Das Juvena-Haus beschäftigt im Januar für „Vorwärts“-Besucherinnen einen kostenlosen Waschkursus zu veranstalten.

Wer will helfen, die Rat der Gewerkschaften zu haben? Den unterliegenden Verträgen der Arbeitermühlerei. Die Gewerkschaften sind eine große Wahlabschlussschleife, deren Weitertrag ausschließlich zur Unterstützung der Reichsbanken dieses Winters bestimmt ist. Das Einverständnis ist 20. Dezember. Die Zeitung ist am 20. und 21. Dezember 3. 3. Die Gewerkschaften bei dieser Partei sind ganz ungewöhnlich günstig. 155.816 Gewinne und zwei Prämien im Gesamtwert von 400.000 Reichsmark werden ausgezahlt. Der Höchstgewinn ist ein eingetragenes Landhaus. Auch die Hauptgewinne sind Landhäuser. Weitere Gewinne sind Wagenscheiben, komplette Räder, Sportartikel, vor allem praktische Haushaltsgegenstände, z. B. rothlede, schwarze, gelbe und Auhengabeln, feines Scheren u. s.

ein Triumph auf dem Wege, Fertig-Kleidung guter Maß-Kleidung ebenbürtig zu machen, ist der Anzug

Sonderklasse

Ein hochwertiger Stoff, vollschweres reines Kammgarn in allermodernster Musterung -

eine Innenverarbeitung, wie sie bisher wohl nur bei guter Maßarbeit zur Verwendung kam -

Wollwattierung, statt früher Leinen, wodurch der Anzug, auch wenn er naß wird, seine gute Form behält -

Kunstseidenes Leibfutter vollendet diesen hochwertigen Anzug, dessen niedriger Preis bei einem noch teureren Oberstoff wie ein Wunder wirkt.

35: oder 45:

Diese Anzüge sehen und begeistert sein ist eins. Wenn Sie Wert darauf legen, ganz besonders elegant gekleidet zu sein — dann —

GEHEN SIE ZU C&A BRENNKNECHT

Oranienstr. 40
Am Oranienplatz
Königsplatz 33
Am Alexanderplatz

Chausseestr. 113
Beim Stern
Wilmersdorferstr. 108
Am Sankt-Charlottenburg

Unser Geschäft ist an den beiden Sonntagen vor Weihnachten, dem 11. und 18. Dezember, geöffnet!

SCHICKSAL MASCHINE

38] ROMAN VON STEFAN POLLATSCHKEK

(Copyright Satoru-Verlag.)

4.

Die Situation wurde immer kritischer. In einer Provinzstadt wollten hungernde Arbeiter demonstrieren; die Behörde verbot den Umzug. Militär wurde requiriert, schloß auf die Arbeiter, es wurden achtundzwanzig Menschen getötet. Wilder Aufruhr im ganzen Land. Das Parlament tobte, die Sitzung mußte unterbrochen werden, die Minister wurden verprügelt. Die Regierung demissionierte. Ueber Nacht ergriff das rechtsradikale Bürgertum die Zügel. Die Bevölkerung, am nächsten Morgen erwachend, las mit Erstaunen und Bewunderung große Plakate: Standrecht, jede Ansammlung verboten, Waffen binnen sechs Stunden abzugeben, jede Arbeitsverweigerung verboten, auf jedes Zuwiderhandeln stand Todesstrafe. Sämtliche sozialistischen Parteien wurden als aufgelöst erklärt.

Dennoch versammelten sich am Morgen dieses Tages die Führer der sozialistischen Parteien. Weltlin erschien, und das erste bekannte Gesicht in diesem kleinen Raum war das seines Sohnes Albert. „Ach sehe dich nicht gern hier, Albert. Diese Menschen sind zu allem fähig, es wäre mir lieber, du wärest daheim.“

„Aber Vater“, rief Albert lachend, „und du — begibst du dich nicht in die gleiche Gefahr?“

Es ergab sich, daß die Mehrzahl der Parteiführer gar nicht daran dachte, den Befehlen der neuen Regierung Folge zu leisten. Man war bald einer Meinung, den Kampf aufzunehmen, die Entscheidung herbeizuführen, lieber ehrenvoll zu unterliegen, als sich in eine schmachvolle Knechtschaft zu begeben. Auch Weltlin vertrat die Ansicht, sich nicht zu unterordnen, die Waffen nicht abzuliefern. Man hatte tags vorher alle Anhänger zu einem Demonstrationzug aufgefordert. Der müsse unter allen Umständen stattfinden, es gebe kein Zurück. Nur ein Teil der sozialistischen Führer mochte zur Besonnenheit. Unter ihnen war Albert. Er kämpfte mit aller Kraft gegen die Worte des Vaters. Man dürfe Menschen nicht mit Gewalt in Tod und Verderben führen. Wer denn von Gewalt spreche? fuhr Weltlin auf, alle Genossen gehen freiwillig und mit Begeisterung in diesen Kampf. — Welt niemand da sei, der sich getraue, eine andere Sprache zu führen, erwiderte Albert gegen den Vater gerichtet, weil ihnen niemand sage, daß ihr Leben weit wichtiger sei als alles andere. — „Auch wichtiger als Ideen?“ fragte schneidend Weltlin. — „Ja und tausendmal ja!“ rief der Sohn, „es gäbe tausend Ideen und nur ein Leben.“ — „Es sei also ein Unrecht, mit seinem Leben für eine Idee einzustehen?“ — „Keineswegs, wenn diese Aufopferung freiwillig erfolge.“

„Wo ist denn hier von Zwang die Rede?“ fuhr Weltlin hoch. „Wir alle kämpfen um unser Leben, um unsere Ueberzeugung.“

„Wenn dem so wäre!“ entgegnete Albert. „Aber wißt Ihr denn, ob eure Ideen auch wirklich die Ideen der Menschen sind, die Ihr auf die Straße und in den Tod treibt? Wenn all die Menschen, die Ihr führt, freiwillig und aus Ueberzeugung auch folgen — gut und einverstanden! Aber wieviele gibt es, die Ihr mit euren Ideen verführt, die Ihr mürricht, denen Ihr eure Ideen und Ueberzeugungen aufgezwungen habt!“

Es war ein Dialog zwischen Vater und Sohn geworden und man horchte gespannt und ergriffen diesem Ausdruck zu.

„Es ist ein Unrecht von dir, Albert, daß du all diese Tausende und Hunderttausende unserer Genossen als Unmündige und Verführte hinstellst. Es gibt keinen Zwang bei uns!“

„Der Zwang ist sichtbar, Vater! Er ist nicht äußerlich. Auch Monarchen, die Kriege führten, hatten Ideen und glaubten, daß diese für ihre Völker legensreich wären.“

„Kannst du uns mit Königen vergleichen? Heben wir Heere aus, haben wir Dienstpflicht?“

„Ja und tausendmal ja! Früher preßte man mit Gewalt die Menschen in Uniformen, Ihr tut es mit der Gewalt eurerer Ideen. Aber die Gewalt ist die gleiche!“

„Also in die Knechtschaft? Sich ruhig der Wacht und Gewalt der anderen beugen? Sich tözen lassen und martern? Gott verfluche dich, mein Sohn, ich tann es nicht!“

„Niemand darf über das Leben anderer gebieten, Vater. Laßt euer Leben, wenn Ihr wollt und müßt, aber laßt niemand

anderen dazu, reißt keinen mit ins Verderben! Es ist auch ein Ziel, sich aufzuwahren und seine Zeit abzuwarten.“

„Wer ist hier Sohn und wer Vater?“ rief ein langmähniger junger Mann. Er war aufgesprungen und rief wild pathetisch in den Saal: „Hat sich die Natur verändert? Ist die Jugend bedächtig geworden? Schande über dich, Albert! Ist auch nur ein Zug revolutionären Geistes in dir? Laßt du dich vom Alter beschämen?“

„Auch der revolutionärste Geist darf nur über sein eigenes Leben verfügen. Aber was tun wir? Wir haben Jugendverbände, die wir im Umgang mit Waffen unterweisen ließen, wir impfen unsere Ideen den jungen Leuten ein, und wenn die heute mit uns gehen — ist das noch Freiheit? Ist es noch

eigene Entscheidung, da diese Menschen nie etwas anderes gelesen, nie etwas anderes gehört haben, als eure Ideen!“

„Schluß! Schluß! Schluß!“ brüllte mit gewaltiger Stimme der Rühige, und als Weltlin aufstah, stand sein Sohn Albert einlam und allein an die Wand gelehnt, das Gesicht schien bleich und eingefallen, nur die Augen brannten. Weltlin griff mit der rechten Hand nach dem Herzen. Es klopfte unruhig und laut und der Mann hatte das Gefühl, daß alle Menschen dieses milde Klopfen hören müßten.

5.

Am Nachmittag desselben Tages, dem letzten seines Lebens, ruhte Wilhelm Weltlin auf dem alten, stark zerklüfteten Diwan seines schmalen Zimmers, als die Vermieterin den Besuch zweier Herren meldete. Sie legitimierten sich als Kriminalbeamte, die den Aufruf hätten, Herrn Weltlin sofort ins Kanzlergebäude zu geleiten. Ob dies etwa eine Verhaftung sei und welche Manieren man denn nun an den Tag lege, wollte Weltlin wissen. Sie seien nur in Ausführung eines erteilten Befehles da, antworteten die Herren, aber sie wollten vor jeder unbedachten Äußerung warnen, die Zeiten hätten sich erheblich geändert und die

Herren der neuen Regierung verstünden in gewissen Dingen keinen Spaß.

In dem großen, weiten Saal waren sie nun beisammen, die Führer der sozialistischen Parteien. Sie waren alle einzeln geholt worden. Lange ließ man sie allein. Weltlin, der als einer der letzten eintrat, suchte zunächst das Gesicht seines Sohnes. Er atmete erleichtert auf, als er ihn nicht fand. Spät abends erschien dann der neue Kanzler und mit ihm waren auch eine Anzahl der neuen Minister gekommen. Die Herren waren in der Uniform der rechtsradikalen Kampfbünde, als wollten sie deutlich unterstreichen, daß sie weniger Wert auf ihre Ministerwürde legten, als darauf, Führer einer siegreichen Partei zu sein.

„Also da hätten wir ja alle beisammen“, begann der Kanzler. „Die Herren wissen wohl, was Ihrer wartet?“

„Wir sind nur begierig“, begann ein älterer Sozialist, „ob Sie uns vor ein Blutgericht Ihrer Leute stellen oder ob Sie uns ohne solches Urteil morben werden.“

„Beruhigen Sie sich, meine Herren, es wird schon alles seinen ordnungsgemäßen Gang gehen.“ Der Kanzler hatte eine kleine Reitgerte in der Hand, mit der er gern und oft auf den Tisch klopfte. „Es wird übrigens ganz von Ihnen abhängen, es ist noch nichts entschieden“, sagte er dann. (Fortf. folgt.)

„Retour! Adressat verstorben!“

Ein Alltagsprotokoll... / Von Yorick

Es erscheint vor dem Polizeikommissar Schmidt, der Briefträger Anton Sauthofer und gibt in Sachen der Frau Dina Reyslinger folgendes zu Protokoll:

Zu meinem Justizbezirk gehört auch das große Mietshaus in der Schmalhofgasse 7, in welchem Frau Reyslinger eine kleine Wohnung innehatte. Ich verleihe diesen Bezirk seit drei Jahren. So viel mir erinnerlich ist, brachte ich in den ersten zwei Jahren der Frau Reyslinger nur sehr wenig Post. Monatlich einmal bekam sie eine Anforderung, sich eine kleine Rente abzuholen. Bei einer solchen Gelegenheit erzählte sie mir einmal, daß es nun wohl bald Schluß sein würde mit der Rente und daß sie sich nach einem Nebenverdienst umsehen müsse. Ob ich nichts für sie müßte, fragte sie mich nach. Ihr Mann war seit langem tot, und Angehörige, die ihr helfen könnten, hätte sie nicht. Allen ihren Besonnenen ginge es schlecht. Ich mußte natürlich auch nichts von einer Stellung. Frau Reyslinger hat dann eine lange Zeit hindurch nichts mehr mit mir gesprochen, obgleich ich bald immer häufiger und häufiger zu ihr kam. Es fiel mir auf, daß die Postfächer, die ich ihr zu bringen hatte, fast nie von Privatpersonen stammten, sondern den Aufdruck von Firmen, besonders Abzahlungsgeschäften und Pfandleihen, sowie von Behörden, Gerichten, Rechtsanwältinnen und Gerichtsollziehern trugen. Frau Reyslinger traf ich in dieser Zeit selten an, so daß es oft schwer war, ihr die eingeschriebenen Sendungen zuzustellen; sie sagte mir, daß sie immer unterwegs sei, um sich nach Arbeit umzusehen, aber sie habe noch nichts gefunden. Schließlich kam es einmal zu einem längeren Gespräch. Ich hatte in der Nebenwohnung Briefe abzugeben für eine Partei, die aber kurz vorher ausgezogen war. Ich schellte bei Frau Reyslinger und fragte sie, ob sie vielleicht die neue Adresse wisse. Da sie verneinte, schrie ich in ihrem Zimmer auf die Briefe: „Retour, Adressat verstorben.“ Als Frau Reyslinger das sah, fragte sie mich: „Wenn man also einfach wegzieht und keine Adresse angibt, geht alle Postfächer einfach zurück, und man ist alles los.“ Ich mußte lachen und antwortete etwa: „Ja, so glatt geht das wohl doch nicht. Die neue Adresse wird immer von den Absendern ermittelt, wenn sie es wollen.“ Sie seufzte und meinte: „Ach, wissen Sie, manchmal möchte man weiter nichts, als diesen ewigen Rohnungen und Drohungen auf irgendeine Weise entkommen. Sehn Sie, das wäre ja alles nicht so, wenn ich Arbeit hätte. Man will doch keinen Schädigen. Immer, wenn man die Briefe bekommt, ist einem, als ob sie mit ihren scharfen Kanten einen die Finger blutig schneiden. Ja, Sie finden das komisch, aber ich habe es nun bald satt.“ Als ich nun sagte, daß es ja vielen so ginge in dieser Zeit, und daß schon alles wieder besser werden würde, antwortete sie nichts. Aber wie ich schon in der Tür war, fragte sie noch: „Aber wenn auf den Briefen stünde: Adressat verstorben“, dann wäre wohl nichts zu machen?“

„Natürlich nicht“, sagte ich, „und manche Leute haben das auch schon versucht; aber das Gerücht ist immer bald dahinter gekommen, zumal das ja nicht eine Privatperson sondern der Postbote selbst auf die Briefe schreiben muß. Dann wurden die Leute bestraft, denn sowas ist doch Betrug.“ „Wie?“ fragte Frau Reyslinger, und ich merkte daß sie mich gar nicht verstanden hatte. Aber ich mußte gehen und dachte mir nichts bei dem ganzen Gespräch; untereins hörte ja überall Klagen und Jammern. In der Folgezeit brachte ich Frau Reyslinger noch oft Zustellungen vom Gericht; sie war jetzt immer zu Hause, denn das Arbeiten hatte sie aufgegeben; sie nahm die Postfächer mit unbewegtem Gesicht und wortlos entgegen. Als ich heute morgen wiederum solche Briefe abgeben wollte, hörte niemand auf mein Klingeln, und ich wollte schon wieder gehen, als mir ein süßlicher Geruch auffiel, der aus der Tür drana. Ich alarmierte den Portier und die Polizei, und als wir zusammen die Tür gewaltsam geöffnet hatten, fanden wir Frau Reyslinger tot auf dem Sofa, den Gesichtsausdruck im Munde. Vor ihr auf dem Tisch lagen alle die Briefe, die sie in letzter Zeit bekommen hatte, unerschnel, und auf jeden hatte sie geschrieben: „Retour! Adressat verstorben.“

Gelassen, anerkannt, unterschrieben. Anton Sauthofer, Postbote.

Walter P. Schmalbach: Professor Klinkerfues ..

Der Göttinger Professor Klinkerfues (1827 bis 1884), bestimmt ein tüchtiger Astronom und hervorragender Gelehrter, war in mancher Hinsicht ein Original. So hielt er sich als Wetterprophet für unschätzbare und pflegte sich auch oft als solcher zu betätigen. Was Zeitgenossen von seiner Wetterwahrerei hielten, davon hier zwei Proben:

Eines Tages erschien bei ihm eine Wälscherin, die sich für den nächsten Tag Sonnenschein zum

Wälscherinnen wünschte. „Ja, tut mir leid, Frauchen“, bedauerte Klinkerfues achselzuckend, „aber wären Sie man 'ne halbe Stunde früher gekommen, eben habe ich dem Gärtner drüben für morgen Regen zugelegt. Na, und mein Wort kann ich doch nicht brechen.“

Der nächste Tag brachte weder Regen noch Sonnenschein: es hagelte.

Als unsere Wälscherin den alten Klinkerfues wieder trifft: „Sie haben neulich schon geschwindelt, Herr Professor, aber ich weiß ja auch, umsonst heißen Sie nicht Stunkerties.“

Klinkerfues bekam einst Kunde von einem Mann, der sich auch mit Wetterprophezeiungen abgeben sollte. Bei Gelegenheit suchte er diesen „Fischer ins Handwerk“ auf. Es war ein alter Schäfer aus der Lüneburger Heide, den er inmitten seiner blühenden Gesellschaft an einem Strumpfe streifend antraf. Es kam zu folgendem Palaver:

„Ich höre, er befaßt sich mit Wetterprophezeiungen?“

„Ja, dat dau is.“

„Na, trifft es denn immer zu, was er vorher sagt?“

„Ja, dat dröpt immer in.“

„Dann tann er mir mal sagen, wie er das macht?“

„Ja, dat will ik seggen, dar in Göttingen mahnt so'n allen verrückten Perleser, ik glöw, Flinkerfues heet de, dat is noch so'n Wetterperphets. Dat de nu bekennt, davon jegg ik grad dat Segendeil, und dat dröpt immer in.“

Warme u. trockene Füße schützen Ihr Kind vor Erkältung!

„Elefanten-Mark“
braun Box calf,
warmes Friesfutler,
echter Pelzbesatz

Größe 28/26 6,90
Größe 29/24

5⁹⁰

Leiser

das Schuhparadies der Berliner Jugend

Die Opfer von Bremen mahnen

Scharfe staatliche Maßnahmen erforderlich

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Rathenow, 8. Dezember.

In den W.-Farbenwerken in Bremen ist man damit beschäftigt, ein seit Jahren unbenutztes Gebäude, in dem früher Schießbaumwolle hergestellt wurde, zwecks Produktion von Kunstwolle umzubauen. An diesen Umbauarbeiten ist auch der Schlossermeister Mag Thie aus Rathenow beteiligt, der der Schlosserinnung in Rathenow als Obermeister vorsteht und dessen Betrieb als Behrlingsquetsche bekannt und verrufen ist.

Der letzte Gehlisse in diesem Betrieb ist vor kurzem entlassen worden.

weil sich eben die Behrlingsarbeit bedeutend billiger stellt als die mit Facharbeitern. In dem Betrieb ist also nicht ein einziger Geselle tätig, nur der etwa vierzig Jahre alte Bruder des Betriebsinhabers, Gustav Thie, bekümmert gewissermaßen den Werkführerposten. Gustav Thie unterstanden auch die vier bei seinem Bruder Mag beschäftigten Schlosserlehrlinge sowohl in der Werkstatt als auch auf dem Umbau bei den W.-Farbenwerken. Töblich verunglückt sind dieser Gustav Thie und die drei Behrlinge Hans Paap, Helmut Hoffe und Siegfried Nitotau, die alle drei im 18. Lebensjahr standen. Nur dem Zufall, daß der vierte Behrling gar nicht auf dem Bau war, ist es zu verdanken, daß dieser junge Mensch noch unter den Lebenden weilt. In den Facharbeitertreien Rathenows ist man durchweg der Auffassung, daß

das Unglück kaum hätte entstehen können, wenn zu den großen Umsicht erfordernden autogenen Schneidarbeiten nicht Schlosserlehrlinge, sondern erfahrene Facharbeiter verwendet worden wären.

Obermeister Thie hat es den Gewerkschaften gegenüber stets abgelehnt, die Zahl der Lehrlinge, die ein Betrieb halten darf, in ein bestimmtes Verhältnis zu der Kopfzahl der Gehlissen zu bringen, die ein Betrieb beschäftigt. Gegen diese Abneigung, die aber bei fast allen Handwerksmeistern vorhanden ist und auf deren Zusammenkünften auch unerschütterlich zum Ausdruck gebracht wird, mühte endlich mit den schärfsten staatlichen Machtmitteln vorgegangen werden.

Die Opfer von Bremen mahnen den Staat, daß es für ihn noch andere Aufgaben gibt, als auf die Waffe zu drücken.

die Sozialversicherung zu zerbrechen und Arbeiter in die Zuchthäuser zu schicken. Im übrigen ist man auch in Rathenow der Auffassung, daß die Explosion einer Sauerstoffflasche oder selbst mehrerer solcher Flaschen derartige Verwüstungen nicht hätte anrichten können, bei der armdicke T-Träger wie Streichhölzer umgeknickt wurden, sondern daß durch die Explosion der beim autogenen Schneiden benutzten Sauerstoffflaschen erst noch viel explosivere Stoffe entzündet worden sind, die in dem Gebäude vorhanden gewesen sein müssen.

Streik gegen Lohnabbau

Beschluß französischer Beamter

Paris, 8. Dezember.

Die französischen Zoll- und Postbeamten sowie die Lokomotivführer der Staatsbahn haben in getrennten Sitzungen beschlossen, auf die von der Regierung beabsichtigte Gehaltskürzung mit dem Streik zu antworten, an dem sich auch die sogenannten Offiziere der Zollbüros beteiligen werden. Der Zeitpunkt für die Arbeitseinstellung ist nicht festgesetzt worden.

Arbeit statt Wohlfahrt

Für 400 000 Wohlfahrtserwerbslose

Der Reichshätlebund teilt mit: Im Einvernehmen mit den kommunalen Spitzenverbänden hatten die zuständigen Reichsministerien unlängst den Entwurf eines Arbeitsbeschaffungsprogramms beraten, nach dem Mittel für die Beschäftigung von etwa 400 000 Wohlfahrtserwerbslosen bereitgestellt werden sollten. Die Finanzierung dieses Programms hätte etwa 600 Mill. Mark erfordert, die auf dreierlei Weise ausgebracht werden sollten. Einmal sollten die Gemeinden 200 Mill. Mark als Beitrag zu den Lohnkosten zur Verfügung stellen und zwar aus den Unterstufungsbeiträgen, die sie durch die Beschäftigung von Wohlfahrtserwerbslosen ersparen. Weitere 200 Mill. Mark, die noch zur Deckung der Lohnkosten erforderlich wären, sollten durch Ueberweisung von Steuergutschriften an die Gemeinden

vom Reich bereitgestellt werden. Durch besondere Maßnahmen des Reichs sollten die Gemeinden durch diese Steuergutschriften sofort in den Besitz von Barmitteln kommen. Die restlichen 200 Mill. Mark sollten den Gemeinden durch ein Darlehen gegeben werden, das vom Reich auf etwa 20 Jahre zu einem mäßigen Zinssatz bereitgestellt war.

Der Reichshätlebund hat jetzt den Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung gebeten, den Plan für die Arbeitsbeschaffung möglichst bald zur Durchführung zu bringen.

Streik in Athen beendet

Athen, 8. Dezember.

Die streikenden Straßenbahner haben beschlossen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die einzige Bedingung, die sie stellen, geht dahin, daß aus Anlaß des Streikes keine Entlassung vorgenommen werden darf. Die Verwirklichung ihrer sonstigen Forderungen legen die Knechtsteden in die Hände der Regierung, die einen Vertrag mit den Arbeitgebern zustande bringen soll.

Die griechische Gesandtschaft schreibt uns hierzu:

AFB-Bund gegen Schleicher

Aussprechen, was ist

Der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes beschloß in seiner gestrigen Sitzung eine Kundgebung in der es heißt: „Die Not der deutschen Angestellten hat die Grenze des Erträglichen längst überschritten. Während in früheren Wirtschaftskrisen die Angestellten zu jenen Gruppen fester Einkommensbezieher gehörten, deren Kaufkraft mit dazu beitrug, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, hat diesmal die Zerstörung der Angestellten Einkommen krisenverschärfend gewirkt.“

Die für die Wirtschaftsexperimente und unsozialen Maßnahmen verantwortliche Regierung Papen wurde von dem empörten Volke gestürzt. Das Kabinett Schleicher setzt sich aus denselben politischen und wirtschaftlichen Kräften zusammen. Die freien Angestelltenverbände behalten ihre Kampfstellung gegen jede Reaktion. Die Regierung irrt, wenn sie glaubt, die Gewerkschaften einer Politik dienlich machen zu können, die letzten Endes der Machtstellung des Monopolkapitalismus dient. Die Regierung Schleicher muß aber ihre oft betonte soziale Bestimmung erst durch Taten beweisen.

Der Versuch, dem Millionenhaer der Erwerbs-

„Die im „Vorwärts“ Nr. 570 veröffentlichte Ähner Stellung über die dortige Streikbewegung wird durch einen Kommentar begleitet nach dem diese Bewegung als Folge der tiefen Unzufriedenheit gegen die sozialreaktionären Unternehmen der neuen griechischen Regierung betrachtet wird.“

Demgegenüber sei hier hervorgehoben, daß das neue Kabinett keine sozialreaktionäre Politik verfolgt. Im Autobusstreik hat es sogar die Forderungen der Streikenden für berechtigt erklärt. Es ist ohne weiteres verständlich, daß die griechische Regierung nicht als sozialreaktionär gelten will. Auch das Kabinett von Papen bestritt, sozialreaktionär zu sein.

Der Autobusstreik wurde nicht von dem Zentral, sondern von den Besitzern geführt, wegen einer Abgabe, die ihnen die englische Verkehrsbehörde auferlegen wollte. Auch der Streik der Straßenbahner richtete sich gegen diese englische Gesellschaft. Anders lagen die Dinge bei den Gasarbeitern und den Bäckern, gegen die die Regierung sofort Militär einsetzte. Im übrigen ist wohl kaum anzunehmen, daß die Arbeiter streikten, um ihrer Zufriedenheit Ausdruck zu geben.

losen Arbeit durch Belegung der privaten Unternehmerinitiative zu schaffen ist gescheitert. Nur der planmäßige Einsatz aller verfügbaren Mittel zur Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand verspricht eine Belegung des Arbeitsmarktes. Gegen jene Pläne, die bisher von dem neuen Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung verfolgt wurden, müssen die stärksten Bedenken geltend gemacht werden. Der AFB-Bund fordert, daß endlich auch alle bürokratischen Hindernisse beseitigt werden, die bisher der öffentlichen Arbeitsbeschaffung entgegenstanden, verlangt aber auch, daß sich die Finanzierung im Rahmen der von der Reichsbank verfolgten Währungs politik hält. Die Reichspolitik darf nicht, um an ein Wort des Reichstanzlers von Schleicher zu erinnern, dazu dienen, überlebte Wirtschaftsformen und überalterte Besitzverhältnisse künstlich aufrecht zu erhalten. Ein völliger Kurswechsel in der Zoll- und Agrarpolitik ist unerlässlich.

Es genügt nicht, die Septembernotverordnung aufzuheben, vielmehr muß die Politik der Schrumpfung abgelöst werden durch eine Steigerung der Lebenshaltung der Angestellten und der übrigen erwerbstätigen Volksschichten.

Präsentkörbe
350 gr.
3,50 gr.

Alleinverkauf
russischer gefror.
Gänse
Pfund
von **78** Pi.

Kalbskeule 0,58
bis 9 Pf. schwer, ganz oder geteilt

Kassler 0,66
mit ... Pf. von

Molkereibutter 1,18
Pf. von

Margarine 0,74
3 Pf. von

Jg. Erbsen 0,68
mittelfein, 1/2 Dose

Kaffee 1,90
frisch gebrannt, Pf. von

Lebende Karpfen 0,65
Pf. von

H E R M A N N

Großer LEBENSMITTEL Verkauf

Mengenabgabe vorbehalten — Verkauf sowohl Vorrat — Preise nur Freitag und Sonnabend — Lebensmittelassessungen von M. 5,00 an

Wurstwaren	Frisches Fleisch	Fische, Räucherw.	Konserven
Dampfwurst ... Pf. 0,75	Kalbskamm s.d.g. Pf. 0,34	Seeforellen ... Pf. 0,16	Junge Erbsen fein ... 0,88
Fleischwurst ... Pf. 0,75	Kalbsblatte ... Pf. 0,74	Schellfisch ... Pf. 0,19	Kaisereisen ... 1,20
Landleberwurst Pf. 0,84	Schweineköpfe ... Pf. 0,46	See'achs ... Pf. 0,19	Leiziger Allerlei ... 0,70
Jagdwurst ... Pf. 0,84	Schweineköpfe ... Pf. 0,62	Rotbars gross, ohne Kopf, im ganzen, Pf. v. 0,19	Phaumen mit Steln. ... 0,48
Mettw. Bratende Art Pf. 0,84	Schweinehälften ... Pf. 0,66	Koblou gross, 6 Kopf, im ganzen, frisch, Pf. v. 0,22	Mirabellen ... 0,95
Wien. Würstchen Pf. 0,95	Schweinehälften ... Pf. 0,66	Koblou klein, 6 Kopf, im ganzen, frisch, Pf. v. 0,22	Erdbeeren ... 0,90
ff. Leberwurst Pf. 0,56	Schweinehälften ... Pf. 0,66	Koblou klein, 6 Kopf, im ganzen, frisch, Pf. v. 0,22	Koif, Pfirsiche 1/2 Pf. 0,75
Teewurst ... Pf. 0,98	Schweinehälften ... Pf. 0,66	Grüne Heringe ... 3 Pf. von 0,38	Malaya-Ananas 6 Stk. 1,05
Zerwackel ed. S-lam, Pf. v. 1,08	Schweinehälften ... Pf. 0,66		Span. Aprikos. 1/2 Pf. 0,72
Magerer Speck Pf. 0,96	Schweinehälften ... Pf. 0,66		Kolonialwaren
Schinkenspeck ... Pf. 1,15	Schweinehälften ... Pf. 0,66		Tafeläpfel ... Pf. 0,13
Nußschinken ... Pf. 1,28	Schweinehälften ... Pf. 0,66		Schellfisch getrock. Pf. 0,35
Käse und Fetts	Schweinehälften ... Pf. 0,66		Lachs reif, Pf. v. 1,40
Tilsiter vollfest Pf. 0,68	Schweinehälften ... Pf. 0,66		Bücklinge ... Pf. von 0,30
Hochalpkäse ... Pf. 0,86	Schweinehälften ... Pf. 0,66		Oe-sardinen 3 Dosen 0,88
Edamer Käse ... Pf. 0,72	Schweinehälften ... Pf. 0,66		Senfurken ... Pf. 0,68
Allg. Stangen 20 Pf. 0,40	Schweinehälften ... Pf. 0,66		Konfitüre
Horzer ... Pf. 0,25	Schweinehälften ... Pf. 0,66		Erdbeer, Kirsch, Himbeer ... Pf. 0,98
Kokosfett ... 3 Pf. 0,88	Schweinehälften ... Pf. 0,66		
Molkereibutter allerfeinste deutsche ... Pf. 1,36	Schweinehälften ... Pf. 0,66		Getflügel und Wild
Markenbutter allerfeinste deutsche ... Pf. 1,44	Schweinehälften ... Pf. 0,66		Oderbr. Mastgänse Pf. von 0,78
Rohschmalz ... Pf. 0,44	Schweinehälften ... Pf. 0,66		Kaninchen Pf. von 0,68
	Schweinehälften ... Pf. 0,66		

Für den Weihnachts-teller

Pfeffernüsse Pf. 0,60	Marz.-Teekof. 1/2 Pf. 0,33
Persipan-Makron Pf. 1,00	Fondant-Baumbehang Pf. 0,80
Dominosteine 1/2 Pf. 0,45	Hildebrand-Pralinen Karton 250 g 0,75
Speitzkuchen 1/2 Pf. 0,45	Edel-Sortiment Mokka-Salzen, Ritter, Vollmilch-Nuss, 4 Taf. a 100 g 0,95
Braune Printen 1/2 Pf. 0,45	
Marzip.-Kartoffeln 1/2 Pf. 0,33	

Für die Hausbäckerei

Auszugmehl Stadler rot 5-Pf. 1,25 2-Pf. 0,50	Kokosraspel ... Pf. 0,35
Auszugmehl Stadler weiß 5-Pf. 1,25 2-Pf. 0,50	Orangeat ... Pf. 0,95
Weizenmehl ... Pf. 0,18	Zitronat ... Pf. 0,95
Kartoffelmehl ... Pf. 0,18	Sultanas ... Pf. von 0,25
Maispulver ... Pf. 0,28	Rosinen ... Pf. 0,48
Mandeln ohne ... Pf. 1,15	Korinthen ... Pf. 0,46
Mandeln bitter ... Pf. 1,30	Backpulver 3 Pakete 0,2
	Vanillezucker 6 Pak. 0,24

Weihnachts Obst

Boscop ... 2 Pf. 0,35	Hasen gestreift a ausgewaschen ... Pf. von 0,68
Tafeläpfel ... 3 Pf. 0,58	Hirschrücken Pf. von 0,58
Kochbirnen ... 2 Pf. 0,25	Suppenhühner Pf. von 0,68
Apfelsinen ... 3 Pf. 0,38	Weine und Spirituosen
Mandarinen ... Pf. 0,25	Preise alte Flasche
Datteln lose ... Pf. 0,38	31er Oberheider Maikamm ... 0,85 8,00
Kranzfeigen ... Pf. 0,20	31er Edgorer Riesling ... 1,25 12,00
Hasel-, Walnüsse Pf. von 0,30	30er Ellenzer Rüberberg ... 1,90 15,00
Haselnusskerne ... Pf. 0,65	28er Waldacher - Ehrenberg ... 1,85 17,50
Paranüsse ... Pf. 0,45	28er Graves ... 1,85 17,50
Erdnüsse geröstet ... Pf. 0,25	

Spezial-Liköre als 1/2 Liter
Oranget und Grand Orange ... Pf. 2,45 10 Pf. 24,00

Unsere Häuser sind Sonntag, den 11. Dezember, von 3 bis 7 Uhr geöffnet